

Emotionen und Alltag: Das private Basel

Im Basler Staatsarchiv liegt ein Fotoalbum, das die Szene der sogenannten Halbstarken dokumentiert. Die Bilder zeigen Jugendliche, die in Bars feiern, die sich modisch inszenieren, die leidenschaftlich gegen das Establishment sind. Was heutzutage gesellschaftlich akzeptiert ist, war um 1960 noch stigmatisiert. Damals dominierte ein konservatives Familienbild mit dem Vater als Alleinernährer und der Mutter, die für Kinder und Haushalt zuständig war. Seither hat sich die Gesellschaft liberalisiert, es entstanden Wohngemeinschaften, Kitas, die gleichgeschlechtliche Liebe gewann an Akzeptanz. Dabei verschoben sich auch die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Leben. Am Beginn dieser Verschiebungen standen häufig abweichende, subversive Lebensformen, beispielsweise der Konsum von harten Drogen, der nach grossen Widerständen zur gesellschaftlichen Verantwortung erklärt wurde. Doch Stigmatisierungen sind oft beharrlich, der Rückzug ins Private bietet auch Schutz vor Ablehnung. Nicht viele Menschen in Basel haben ihr eigenes Fotoalbum öffentlich gemacht.

Familie und Sexualität in Zeiten gesellschaftlicher Liberalisierung

Ein Bild trauter Zweisamkeit: Die Ehefrau kümmert sich um ihren Ehemann, lächelnd schöpft sie ihm die Suppe [83]. Der kürzlich gewählte Basler Bundesrat Hans-Peter Tschudi und seine Ehefrau, Irma Tschudi-Steiner, erscheinen hier als ideales Ehepaar. Dabei hatte sie als erste Frau an der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel habilitiert. Später arbeitete sie als Privatdozentin der Pharmazie an den Universitäten Basel und Bern. Trotz ihrer akademischen Laufbahn betonte Hans-Peter Tschudi in einem Interview von 1972, seine Frau sei «in erster Linie Hausfrau».¹ Das bürgerliche Familienideal nahm innerhalb der Familien eine klare Rollenzuschreibung vor, mit dem Ehemann als Ernährer und der Ehefrau als Haushälterin. Dieses Ideal prägte Gesetze, die Gesellschaftsordnung und persönliche Lebensentwürfe bis in die Gegenwart.

Wer dem bürgerlichen Familienideal nicht entsprach, geriet ins Visier der Behörden. Die Familie galt als Fundament einer gesunden Gesellschaft, ein zentrales Gut, das gegebenenfalls auch mit zivilrechtlichen Massnahmen geschützt wurde. Von Eingriffen in das Privatleben waren auch Jugendliche betroffen, die angeblich nicht gut erzogen waren. Zu Beginn der 1960er-Jahre erhöhte das Jugendamt seine Präsenz im öffentlichen Raum. Es schickte Detektive in die Kinos, Dancings und Spielsalons der Stadt. Das Jugendamt bezeichnete diese Freizeiteinrichtungen als «einschlägige» Orte, an denen sich «dubiose Elemente» herumtrieben. Die Detektive sollten gefährdete, sogenannte «verwahrloste» Jugendliche melden: junge Menschen, die Alkohol tranken oder Drogen konsumierten, ledige Frauen, die mit Männern anbandelten, Jungen mit Interesse an gleichgeschlechtlichen Beziehungen.² Falls die Detektive ein solches Verhalten entdeckten, konnten die Behörden «fürsorgereische Massnahmen» ergreifen – das Basler Jugendamt fungierte in Basel-Stadt zugleich als Vormundschaftsbehörde. Eine solche Massnahme war die Fremdplatzierung, also die Unterbringung in einem Heim, einer Erziehungsanstalt, der Psychiatrie oder in einer Pflegefamilie.

Von «verwahrlosten» Jugendlichen und «versagenden» Müttern

Solche Fremdunterbringungen gab es in der ganzen Schweiz. Das übergeordnete Recht schrieb den Kantonen vor, für das Kindswohl zu sorgen.³ Wurde dieses als gefährdet eingestuft, mussten die Behörden eingreifen. Von ihren Eltern wurden



83 Hans-Peter Tschudi und Irma Tschudi-Steiner, 1960. —
 Der frisch gewählte Bundesrat Hans-Peter Tschudi
 und seine Ehefrau, die Pharmazeutin Irma Steiner, in ihrer
 Basler Wohnung.

Kinder häufig aus sittlich-moralischen Gründen getrennt. Denn nicht nur die Jugendlichen selbst, auch die Familienverhältnisse standen unter Observation.

Noch um 1960 orientierten sich weite Teile der Gesellschaft an bürgerlichen und konservativen Familienmodellen. Der Vater hatte zu arbeiten, die Mutter musste ihre Kinder zu tüchtigen Bürgerinnen und Bürgern heranziehen und den Haushalt führen. Man war verheiratet, arbeitsam, fleissig. Sex war etwas für Verheiratete – das galt insbesondere für Frauen. Die Mutter war das Zentrum der idealen Familie, sie wurde bei Heimeinweisungen auch besonders oft erwähnt, zum Beispiel wenn sie arbeitete oder alleinstehend war.⁴ Alleinstehende Mütter und unverheiratete Eltern mussten bei den Behörden die elterliche Obhut für ihre Kinder beantragen. Eine prekäre Erwerbssituation, moralische Vorbehalte gegenüber dem Kindsvater oder Gewalt innerhalb der Familie waren Faktoren, die zu einer Fremdplatzierung führen konnten.

Auch Scheidungen gaben oft Anlass zu einer Fremdplatzierung. Ab den 1940er-Jahren verbreitete sich die Annahme, dass die Trennung der Eltern für Kinder schädlich sei. Man bezeichnete die betroffenen Kinder als «Scheidungswaisen» und rechtfertigte damit eine staatliche Intervention. In Basel-Stadt wurden besonders viele Kinder aus gescheiterten Ehen fremdplatziert, eine Konsequenz der hohen Scheidungsrate im Kanton. Bei Scheidungen klärte das Jugendamt ab, ob das «Kindswohl» gefährdet sei. Das Basler Zivilgericht entzog 1965 bei fast einem Zehntel der Scheidungsverfahren die elterliche Gewalt. Ein weiteres Drittel der Eltern mussten nach einer Scheidung eine vormundschaftliche Aufsicht für ihre Kinder akzeptieren.⁵

Im Fokus der Behörden standen jedoch immer weniger die Familienverhältnisse, sondern die Jugendlichen selbst. Hinweise auf eine angeblich problematische Jugendkultur nahmen in den 1960er-Jahren zu. Dazu zählten die Behörden und viele Eltern das Zusammenleben in Kommunen oder Wohngemeinschaften, den Drogenkonsum und das nächtliche Ausgehverhalten.⁶ Auch hier konnte die Fremdplatzierung zum Einsatz kommen: Der Aufenthalt in einem Heim oder einer Pflegefamilie sollte die fehlbaren Jugendlichen erziehen und von ihrem angeblich falschen Lebensstil abbringen.

Die Zahl der Fremdplatzierungen insgesamt war zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits rückläufig.⁷ Gleichzeitig schuf das Jugendamt neue Angebote, die eine Fremdplatzierung im Vorfeld verhindern sollten. Es erweiterte sein Beratungsangebot und eröffnete 1973 die Notschlafstelle für obdachlose Jugendliche.⁸ Der Kanton baute die kinderpsychiatrischen Angebote aus und trennte sie von der Erwachsenenpsychiatrie. Auch die Erziehungsheime selbst veränderten sich. Interne Reformen hatten sich bereits zu Beginn der 1960er-Jahre abgezeichnet, die 68er-Bewegung und ihre «Heimkritik» erhöhten den Reformdruck weiter.⁹ Heime wurden in dieser kritischen Perspektive als gewaltvolle Institutionen dargestellt, die den Jugendlichen nicht halfen, sondern sie bestraften. Weitgehend ausgenommen von dieser Kritik war das mitten in der Stadt gelegene Basler Waisenhaus. Es genoss einen guten Ruf, was auch daran lag, dass es nur sogenannte «erziehungsfähige» Kinder annahm. Wie andere Heime auch professionalisierte das Waisenhaus seine Betreuung seit 1960.¹⁰

Der gesellschaftliche Wandel erreichte auch die Behörden, die Fremdplatzierung wurde nur noch als äusserstes Mittel eingesetzt. 1978 führte der Bund das revidierte Kindesrecht ein.¹¹ Mit der Revision wurden aussereheliche den ehelichen Kindern gleichgestellt und die elterliche Gewalt einer alleinstehenden Mutter automatisch erteilt. Damit war nicht nur eine Liberalisierung des Familienlebens

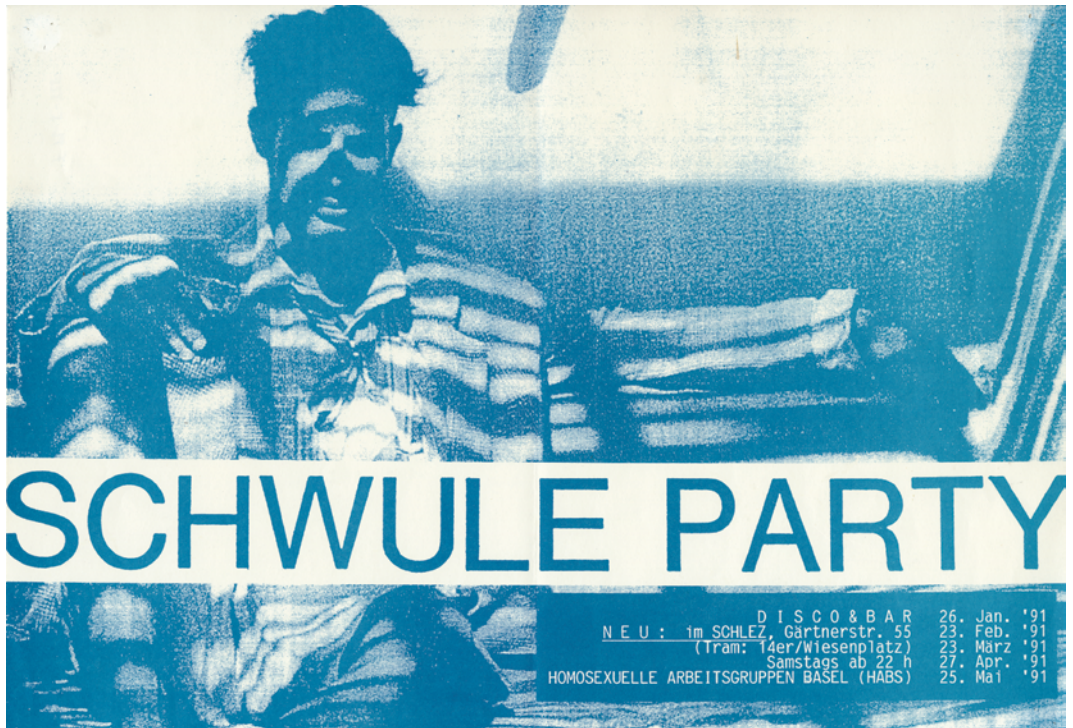
verbunden, auch die Sexualität entzog sich allmählich immer mehr der staatlichen Kontrolle. Der Wandel ermöglichte neue Beziehungsformen, die insbesondere im städtischen Raum sichtbar wurden.

Die Schwulenbewegung kämpft um Anerkennung

Die Stigmatisierung von homosexueller Liebe hielt auch in Basel lange an. Zwar war gleichgeschlechtlicher Sex zwischen Erwachsenen in Basel seit 1919 und in der restlichen Schweiz seit 1942 erlaubt. Homosexuelle wurden aber weiterhin diskriminiert und verfolgt. Die Basler Polizei führte in Schwulenclubs Razzien durch, kontrollierte Schwule in Parks und führte bis 1980 ein Homosexuellenregister.¹² Trotz dieser repressiven und homophoben Stimmung entstanden Räume, in denen Sexualität unter Männern stattfinden konnte. So bewilligten die Behörden den

84 Flyer des Schwulen- und Lesbenzentrums (Schlez), 1991. — 1991 eröffnete in Kleinhüningen das Schwulen- und Lesbenzentrum, abgekürzt Schlez. Das Schlez stand in einer Tradition der politisch aktiven Schwulen- und Lesbengruppen, die zuvor selten zusammen-

gearbeitet hatten. In den 1990er-Jahren hatte die gesellschaftliche Toleranz bereits zugenommen. Eigene Räume, die aufwendig bespielt werden mussten, verloren in der Folge an Attraktivität. 1997 schloss das Schlez; andere Schwulenbars folgten.





85 Werbung für «anyway», einen Treff für queere Jugendliche, 2018. — 2011 eröffnete im Quartier Neubad der Treffpunkt «anyway» für queere Jugendliche, oder in eigenen Worten: «der Basler Jugendtreff für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Asexuelle und Transgenders». Um jene Zeit vervielfältigten sich die Möglichkeiten und Vorstellungen von geschlechtlichen und sexuellen Identitäten. Damit kamen aber auch neue Formen der Diskriminierung auf, insbesondere mit Bezug auf queere Jugendliche – ein Hinweis darauf, dass nach wie vor Männer und Frauen und die (Liebes-)Beziehungen zwischen ihnen als Norm galten. Der Treffpunkt sollte ein geschützter Raum sein, eine Möglichkeit, sich unter Gleichgesinnten auszutauschen und Unterstützung beim Coming-Out zu erhalten.

1957 eröffneten «Isola»-Club in der Innenstadt. Im Club konnten Schwule unter sich sein und andere Homosexuelle kennenlernen. Um behördlich akzeptiert zu werden, war «Isola» auf Anpassung bedacht und betonte, dass auch Schwule «korrekte, saubere Menschen» seien.¹³

Auch für Homosexuelle waren die mit dem Jahr 1968 verbundenen gesellschaftlichen Umbrüche ein Moment der Politisierung. Inspiriert von internationalen Vorbildern sowie den Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich organisierten sich auch in Basel Schwule und gründeten 1972 die Homosexuellen Arbeitsgruppen Basel (habs). Die Organisation hatte zum Ziel, sich gegenseitig in der sexuellen Orientierung zu bestärken, gesellschaftliche Gleichberechtigung und Akzeptanz einzufordern und «die Homosexuellen ganz in die Gesellschaft zu integrieren».¹⁴

Ein Schlüssel zur Selbstbestimmung war das öffentliche Outing. Wer sich öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte, zeigte seine inneren Bedürfnisse und protestierte gleichzeitig gegen das Stigma, ausserhalb der Gesellschaft zu stehen. An Demonstrationen, wie beispielsweise der ‹Gay 80› forderte die ‹habs› ihr Recht auf Liebe ein.

Die Presse berichtete positiv von der ‹Gay 80›, eine Zeitung schrieb von einem ‹in allen Farben schillernden Zug›.¹⁵ In der Publikation ‹Männergeschichten› von 1988 stellten die Autoren fest, dass die gesellschaftliche Toleranz in Basel gewachsen sei. Schwulsein als ‹mögliche Lebensgestaltung› zu propagieren bedeute jedoch nach wie vor eine Grenzüberschreitung. Erst 2022 wurde in der Schweiz die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt.¹⁶

Ab den 2000er-Jahren stellten Bewegungen, die sich nun ‹queer› nannten, erneut die Vorstellungen von Sexualität und Geschlecht in Frage. Verschiedene sexuelle und geschlechtliche Identitäten ergänzten das Spektrum der Liebe. Das Kürzel ‹LGBTQI+› (für ‹lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell und weitere Geschlechtsidentitäten›) prägte die gesellschaftliche Debatte. In Basel manifestierte sich dieses neue Verständnis durch neue Angebote, wie das Filmfestival ‹Luststreifen›, das seit 2008 Filme zu Genderfragen zeigte. Im April 2017 nannten sich die ‹habs› um zu ‹habs queer Basel›.

Lesben in Basel: Eine unerforschte Bewegung

Neben der politisch aktiven Schwulenbewegung existierte in Basel auch eine Lesbenbewegung, die jedoch weniger sichtbar war und historisch noch kaum erforscht ist. Die ‹habs› arbeitete nur punktuell mit Lesben zusammen. Die drängenden Themen lesbischer Frauen waren nicht dieselben, zudem traten Schwule in gemischten Gruppen, auch bei gemeinsamen Demonstrationen, dominanter auf.¹⁷ Lesben schlossen sich der feministischen Bewegung an, ihre ersten eigenen Initiativen entfalteten sich in diesem stark politisierten Milieu. 1979 gründeten sie eine Lesbengruppe, die im ‹Frauenzimmer› im Davidsboden, der ersten Frauenbeiz der Stadt, und später in der Kaserne angesiedelt war. 1988 ging daraus der Verein Lesbeninitia-

tive Basel hervor, der durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit den ‹herabwürdigenden Vorurteilen gegenüber Lesben entgegenwirken› wollte.¹⁸ Ein Jahr später vereinten sich die lokalen Lesbenorganisationen zur national tätigen Lesbenorganisation Schweiz (LOS). Ab den 1990er-Jahren intensivierten lesbische und schwule Gruppen in Basel ihre Zusammenarbeit. Im von 1991 bis 1997 betriebenen Schwulen- und Lesbenzentrum Schlez im Klybeckquartier feierten Schwule und Lesben gemeinsam.¹⁹ Ab den 2010er-Jahren, als die binäre Unterscheidung zwischen den Geschlechtern zunehmend in Frage gestellt wurde, vereinten sich lesbische und schwule Gruppen zunehmend unter dem Begriff ‹queer›.

Die Themen Gender und Geschlecht polarisierten in Basel: 2023 führte der Vorschlag, Homo- und Bisexualität, Transpersonen und Intergeschlechtlichkeit ins kantonale Gleichstellungsgesetz aufzunehmen, zu heftigen Diskussionen. Vertreterinnen der Frauenrechtsbewegung fürchteten, dass das Gesetz die Bekämpfung der bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern vernachlässige. Homo-, bi- und transsexuelle Menschen sahen in dem Gesetz hingegen eine Anerkennung und einen dringend benötigten Schutz vor Diskriminierung.²⁰

Sexuelle Freiheiten und neue Beziehungsformen

Ab den 1970er-Jahren gerieten auch die Normen heterosexueller Beziehungen zunehmend ins Wanken. Die 68er-Bewegung hatte die «freie Liebe» eingefordert. Kurz zuvor war in der Schweiz die Antibabypille auf den Markt gekommen; Sexualität wurde damit zunehmend vom Kinderkriegen losgelöst. Auch in Basel war es insbesondere die neue Frauenbewegung, die alternative Beziehungsformen und eine selbstbestimmte Sexualität der Frau einforderte.

In der Öffentlichkeit herrschte lange ein Bild der Frau vor, die zuweilen selbst Opfer ihres Körpers wird: Die NZZ stellte 1973 gar einen kausalen Zusammenhang zwischen weiblicher Anatomie und krimineller Energie her. Der Zeitung zufolge nehme die Wahrscheinlichkeit eines Ladendiebstahls zu, «wenn sie sich in einer besonderen körperlich-seelischen Konstellation befinden» – wenn also Frauen schwanger waren, sich in den Wechseljahren befanden oder die Periode hatten.²¹ Zu dieser Zeit gab es auch in Basel fast ausschliesslich männliche Gynäkologen. Dem Thema Frauengesundheit verschrieb sich eine Selbsthilfegruppe, die Ende der 1970er-Jahre im Frauenzentrum in der Kaserne Untersuchungen und Beratungen anbot. Man wollte Kenntnisse über den eigenen Körper erlangen, «weil wir Frausein nicht als lebenslängliche Krankheit erleben wollen».²² 1980 ging aus der Frauengesundheitsbewegung die Gruppenpraxis Paradies in der Nachbargemeinde Binningen hervor, eine Praxis «von Frauen für Frauen».²³

Ganz oben auf der Agenda der Frauenbewegung stand das Thema Schwangerschaftsabbruch. In Basel bestand seit den 1950er-Jahren mit dem Sozialmedizinischen Dienst eine staatliche Institution, die sich unerwünschter Schwangerschaften annahm. Sie beriet und unterstützte Schwangere und informierte über Verhütungsmöglichkeiten. Bei einem Wunsch nach einem Schwangerschaftsabbruch überprüften, wie vom Gesetz vorgesehen, zwei Ärzte die psychische Gesundheit und soziale Situation der Schwangeren und entschieden über eine Abtreibung.²⁴ Das sogenannte Basler Modell fand breite Anerkennung. Wie die

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

86 Übersicht über das Konkubinatsverbot in der Schweiz aus der Zeitschrift «Sie und Er», 1971. — Umgeben von Liebesnestern: Während in den benachbarten Kantonen Aargau, Solothurn und Bern, zu dem damals noch das Gebiet des heutigen Kantons Jura gehörte, das Zusammenleben unverheirateter Paare bereits erlaubt war, galt in beiden Basler Kantonen weiterhin das Konkubi-

natsverbot. Basel-Stadt war mit der Abschaffung 1978 ein Nachzügler. In den 1980er-Jahren war es unverheirateten Paaren noch in sechs Kantonen verboten zusammenzuleben. In den meisten dieser Kantone existierte das Verbot zwar auf dem Papier, wurde jedoch nicht mehr durchgesetzt. 1996 schuf das Wallis als letzter Kanton das Konkubinatsverbot ab.

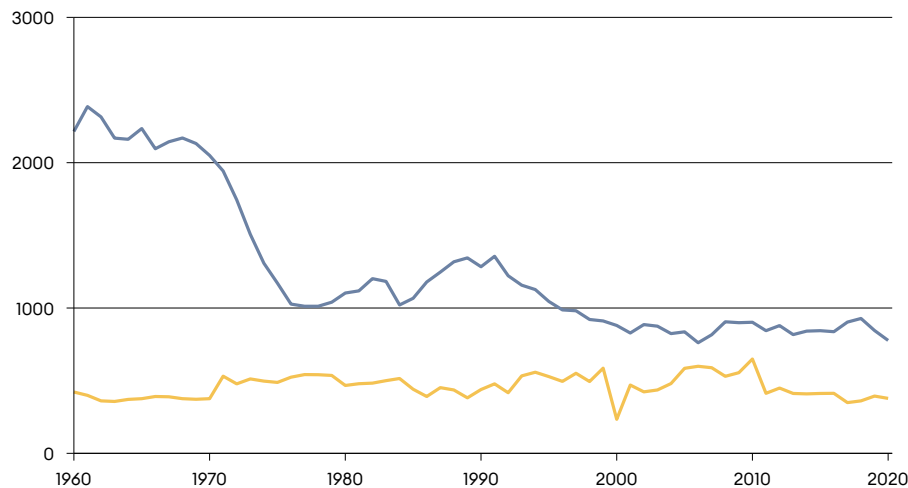
damalige Leiterin des Dienstes berichtete, wurden durchaus auch Gesuche abgelehnt. «Für unseren Entscheid» sei die Hälfte der Frauen im Nachhinein «dankbar» gewesen.²⁵ Solche Aussagen werteten feministische Kreise als bevormundend, sie forderten eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches, zum Beispiel die Straffreiheit innert einer bestimmten Frist, die Legalisierung und eine Enttabuisierung.²⁶ Erst die Fristenregelung, die 2002 schweizweit den straffreien Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche einführte, beendete die Debatte vorläufig.

Das konservative Familienbild und die «Institution Ehe» begannen zu bröckeln. Die Zahl der Eheschliessungen verringerte sich in Basel zwischen 1970 und

1975 um rund die Hälfte von 2000 auf 1000 pro Jahr [87].²⁷ Aber die gesellschaftliche Liberalisierung verlief in kleinen Schritten. Basel schuf das Konkubinatsverbot erst 1978 ab – sechs Jahre später als beispielsweise der Kanton Zürich [86]. Bis dahin durften uneheliche Paare nicht zusammenleben. Partnerinnen und Partner, die gemeinsam wohnten, aber nicht verheiratet waren, mussten mit Stigmatisierungen leben und beispielsweise Anzeigen von Vermietern erdulden. Im Konkubinat lebenden Ausländerinnen und Ausländern drohte gar die Gefahr, dass ihre Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert wurde.²⁸

Die Abschaffung des Konkubinatsverbots und die Revision des bundesweiten Ehegesetzes waren der deutlichste Ausdruck der sich verändernden Beziehungsmodelle. Die in den 1970er-Jahren ansteigende Scheidungsrate von unter 400 auf über 500 Scheidungen pro Jahr weist auf die Entstigmatisierung von Trennungen hin [87].²⁹ Die Möglichkeiten zum Ausleben der Sexualität nahmen in den

Eheschliessungen und Ehescheidungen in Basel-Stadt, 1960–2020



87 Zwischen 1965 und 1975 sank die Zahl der Eheschliessungen in Basel-Stadt um die Hälfte, von über 2000 auf rund 1000 pro Jahr. Gleichzeitig erhöhte sich die Scheidungsrate, die über dem nationalen Schnitt lag: 1960 siebzehn Prozent (Schweiz: elf Prozent), 1980 38 (Schweiz 31). Mit der Abschaffung des Konkubinatsverbots 1978 war die Ehe nicht mehr Voraussetzung für ein gemeinsames Zusammenleben, zudem waren Trennungen weniger stigmatisierend als früher.

— Ehescheidungen
— Eheschliessungen

1970er- und 1980er-Jahren zu, die Beziehungsformen wurden vielfältiger. Die Vorstellungen der idealen Ehe lösten sich indes nicht in Luft auf. Die Arbeitsteilung heterosexueller Paare blieb in weiten Teilen konstant. Und auch Gewalttaten und Diskriminierungen gegen Schwule und Lesben blieben noch weit über die 1990er-Jahre hinaus bestehen.

Kitas und Spielplätze: Das Ideal der kinderfreundlichen Stadt

In der neuen Verfassung von 2005 wurden Familien in Basel-Stadt eine Reihe von Grundrechten garantiert. Insbesondere das Recht auf familienergänzende Betreuung «die den Bedürfnissen der Kinder entspricht» war eine grosse Neuerung gegenüber der alten, über hundertjährigen Verfassung.³⁰ Diese erwähnte zwar die Bildung von Kindern als wichtige Staatsaufgabe und sah die «Unterbringung und Erziehung verwahrloster und gebrechlicher Kinder» durch die Behörden vor.³¹ Die neue Verfassung gab der Familie jedoch ein neues Gewicht. Familie wurde nicht mehr länger als Pflicht verstanden, bestehend aus einem arbeitenden Vater, einer umsorgenden Mutter und wohlerzogenen Kindern. Der Staat sollte von jetzt an «das Recht auf Familie» und auf «ehe- und familienähnliche Formen des Zusammenlebens» garantieren.³²

Dass die Familie um 2000 eine derart wichtige öffentliche Angelegenheit werden konnte, hatte viel mit demografischen Veränderungen zu tun. In den 1990er-Jahren nahmen in Basel Befürchtungen zu, junge Familien könnten vermehrt wegziehen und die Bevölkerung zunehmend aus alten Menschen bestehen.³³ Die Stadt sollte deshalb für Familien aufgewertet werden.

Die Frage, wie Familien und insbesondere Kinder in der Stadt leben sollen, war indes nicht neu. In Basel gab es seit dem frühen 20. Jahrhundert öffentliche Spielplätze, 1957 eröffnete im Horburgpark einer der ersten «Robispielplätze» Europas, wo Kinder Neues ausprobieren und den Spielplatz selbst gestalten konnten. Ihren Hauptfokus richtete die Stadtplanung damals noch auf den Verkehr und den Strassenbau. Das Kind, so der Jugendpfarrer Alfred Kunz, würde durch die «Kinderfeindlichkeit der Stadt» und insbesondere den Autoverkehr verdrängt, habe keinen Platz mehr zum Spielen, ausser in wenigen Zonen.³⁴ Das war mit ein Grund dafür, dass ab den 1960er-Jahren Angebote für Kinder wie Jugendzirkusse (Basilisk 1969, Bruderholz 1978), der Ferienpass (1975) oder der Kinderzoo (1977) ausgebaut wurden. Autofreie Wohnstrassen, wie jene an der Kleinbasler Bärenfelsenstrasse, waren ein vieldiskutiertes Modell, um die Stadt für Kinder und Familien freundlicher zu machen.

In den 1990er-Jahren verschob sich der Fokus der Stadt, es ging nicht mehr nur darum, Kindern mehr Spielmöglichkeiten zu verschaffen, sondern den Familien einen attraktiven Wohnort zu bieten. Die familienergänzende Kinderbetreuung steht exemplarisch für diesen Wandel. Lange waren breite Teile der Bevölkerung skeptisch gegenüber Kinderkrippen, Tagesheimen oder der Tagesschule. Zwar existierten bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Tagesheime und Kindertagesstätten in Basel. Sie waren aber nur für Mütter aus der Arbeiterklasse gedacht. 1971 subventionierte der Kanton dreissig Kinderkrippen und Tagesheime, zwanzig davon betrieb der Frauenverein am Heuberg, eine wohltätige Frauenorganisation. Der Frauenverein hatte aber strenge Aufnahmebedingungen für seine Einrichtungen und wies viele Anfragen ab, denn die ausserfamiliäre Betreuung komme nur als «Notlösung» in Frage, wie eine der Betreuerinnen in einem Fernsehbeitrag erklärte.³⁵ Die Zahl arbeitender Frauen und Mütter nahm ab den 1960er-Jahren jedoch stetig zu, was bedeutete, dass viele Frauen und Familien auf private Lösungen angewiesen waren, zum Beispiel auf Hausangestellte, die 1970 noch 5,5 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Basel-Stadt ausmachten, auf Verwandte und Nachbarschaftsnetze oder die aufkommenden Au-Pairs.³⁶

Breite Teile der Bevölkerung waren skeptisch gegenüber Kinderkrippen

Zur allmählichen Anerkennung der ausserfamiliären Betreuung von Kindern trugen mehrere Entwicklungen bei. Ein wichtiger Faktor war das Frauenstimmrecht, das 1966 im Kanton und 1971 bundesweit eingeführt wurde. Die ersten linken und bürgerlichen Grossrätinnen forderten bereits 1969 gemeinsam mehr Kinderhorte und Tagesheime.³⁷ Die Vorstösse waren vorerst erfolglos, verhalfen jedoch der Auffassung zur Verbreitung, dass es nichts Verwerfliches und Schädliches habe, Kinder in externe Betreuung zu geben. Hinzu kam die 68er-Bewegung, die eigene Krippen mit neuen pädagogischen Konzepten aufbaute. Als Mittel zur Selbsthilfe unter Müttern entstand zudem Ende der 1970er-Jahre die Idee der Tagesmutter. Einen grossen Anteil an der Entwicklung einer Tagesbetreuung hatten italienische Migrantinnen, die gezwungen waren zu arbeiten, um in der Schweiz bleiben zu können.³⁸ Viele gaben ihre Kinder in bereits bestehende Krippen. Zudem bauten Migrationsorganisationen wie die «Missione Cattolica Italiana» eigene Krippen auf, die der Kanton subventionierte.

In den 1990er-Jahren übten Politikerinnen, Vereine und Unternehmen vermehrt Druck aus, das Betreuungsangebot auszubauen. Meldungen über lange Wartelisten häuften sich und machten das Anliegen dringlich. Parlamentarierinnen jeglicher politischer Couleur forderten zum Handeln auf. Ausreichende Betreuungsplätze seien die Voraussetzung für gleiche Chancen von Frau und Mann im

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

88 Eröffnung Kindertagesheim Solitude der Firma Roche, 1996. — Im Jahr des 100-jährigen Firmenjubiläums eröffnete Roche ein Tagesheim für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vier Jahre zuvor hatte Roche als eine der ersten grossen Firmen eine Gleichstellungsbeauftragte engagiert. Die Eröffnung des Tagesheims verstand der Pharma-

konzern als einen Beitrag zur Chancengleichheit von Frau und Mann, eines der grossen gesellschaftlichen Themen der 1990er-Jahre. Das neue Kindertagesheim wurde von Roche mitfinanziert und vom Basler Frauenverein geleitet. Solche Tagesheime von Firmen waren in Basel damals eine Rarität.

Beruf.³⁹ 2003 verabschiedete der Kanton das erste Tagesbetreuungsgesetz. Die überkommene Vorstellung, dass nur Kinder von Eltern betreut werden sollten, die aus einer Notsituation heraus arbeiten mussten, wurde nun endgültig verabschiedet. Auch Kinder von Eltern, die gemäss der zuständigen Kommission des Grossen Rates «ohne finanzielle Not arbeiten wollen», sollten Anrecht auf einen Platz haben.⁴⁰ Hinzu kam, dass Unternehmen nicht länger auf gut ausgebildete Frauen verzichten wollten.

Mit der neuen Kantonsverfassung von 2005 garantierte Basel-Stadt als erster Kanton das Anrecht auf einen Betreuungsplatz für Kinder. Seither baute der Kanton das Angebot an Kitas und Tagesheimen auch dank neu gesprochenen Bundesgelder für die Tagesbetreuung stark aus. 2007 führte Basel-Stadt Tagesstrukturen an den Schulen ein und erweiterte diese danach stetig.⁴¹ Wurden 1999 erst 2500 Kinder in Tagesheimen, -krippen, -schulen und -familien betreut, waren es 2018 etwa 4000. Auch der Anteil der Familien, die institutionelle Kinderbetreuung in Anspruch nahmen, stieg. Obwohl in einer Familienbefragung von 2000 fast alle

Familien angaben, ihre Kinder extern betreuen zu lassen, waren es noch zwei Drittel, die eine private Lösung dafür hatten.⁴² 2018 nahmen bereits sechzig Prozent der Haushalte mit Kindern ein institutionelles Angebot in Anspruch. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war Basel-Stadt 2020 im schweizweiten Vergleich der Kanton mit den meisten Betreuungsplätzen für Kleinkinder.⁴³

Aber nicht nur der Ausbau von Betreuungsangeboten zeugte vom neuen Augenmerk auf die Familie. Diese sollten sich in Basel «wohl fühlen», was «bessere Rahmenbedingungen» voraussetze, so ein Mitglied der Regierung 2000.⁴⁴ Die Stadt gestaltete in den 2000er-Jahren Parks um und wertete Spielplätze auf, so zum Beispiel die in Kleinbasel gelegenen Claramatte und die Dreirosenanlage. Zudem unterstützte die Stadt die Quartiertreffpunkte, die unter anderem als Begegnungsorte für Familien gedacht waren.⁴⁵ Mit dem Kinderbüro erhielten Kinder 2003 eine Interessensvertretung, die sich für ihre Anliegen stark machen sollte. Neue Wohnbauprogramme beinhalteten den Bau grösserer Wohnungen, zudem gewährte der Kanton für Familien Steuererleichterungen. Zusammengefasst gab all dies Familien mit Kindern in Basel eine neue Bedeutung: Familienfreundlichkeit wurde zu einem Standortfaktor.

Basel sucht einen eigenen Umgang mit Aids und Drogen

«Endgültig positiv!» Christina Vogel konnte die Diagnose nicht fassen, die ihr 1985 mitgeteilt wurde. «An Aids habe ich nie gedacht. Ich bin seit Jahren drogenfrei und bin nicht fremdgegangen. Ich musste den Arzt fragen, ob ich die Kinder noch umarmen dürfe.»⁴⁶ Aids war damals mit sozialer Stigmatisierung verbunden, da man davon ausging, dass die Krankheit nur die Schwulenszene und Drogenabhängige betreffe. Nach dem ersten Schock begann sich die junge Mutter zu engagieren. Vogel war Gründungsmitglied der Aids-Hilfe beider Basel, machte eine Ausbildung zur Therapeutin und bot an Baselpieter Schulen Aufklärungsunterricht und Drogenprävention an. Ihre Geschichte zeigt, wie sich Drogensucht und Aids von einem privaten Problem zu einer gesellschaftlichen Verantwortung wandelten. Drogen und Aids waren eng verknüpft, nicht nur in Biografien wie jener von Christina Vogel. Auch gesellschaftspolitisch brachte das Aufkommen von Aids ein Umdenken im Umgang mit Drogen mit sich.

Sucht wird vom persönlichen zum politischen Problem

Noch 1967 hatte die «National-Zeitung» festgehalten: «Rauschgift – keine Gefahr bei uns».⁴⁷ Wenige Jahre später war der Drogenkonsum ein für die Öffentlichkeit sichtbares Phänomen, 1975 war in derselben Zeitung zu lesen: «In beängstigendem Umfang nimmt der Konsum harter Drogen zu.»⁴⁸ Das war die Zeit, als auch die eingangs erwähnte Christina Vogel das erste Mal Drogen konsumierte. Nach dem Tod ihrer Grossmutter, bei der sie in Riehen aufgewachsen war, kam sie ins Heim. Um 1970 lernte sie «ältere Schüler» kennen, «sie trugen bunte Kleider, verflochte Jeans, und die Jungen hatten langes Haar», sie waren «anders».⁴⁹ Sie rauchte Hasch, wurde im Heim dabei erwischt und in die psychiatrische Klinik eingewiesen, wo sie das erste Mal harte Drogen konsumierte: «Endlich gehörte ich dazu, jetzt war ich auch dabei, und die Gesellschaft der Erwachsenen konnte mir gestohlen bleiben.»⁵⁰

In Basel wurde «das Drogenproblem» mit dem ersten Autonomen Jugendzentrum (AJZ) Claragraben, das von 1972 bis 1973 bestand, zum öffentlich debatierten Thema. Wiederholt führte die Polizei Razzien durch, die Hauseigentümerin kündigte wegen ausschweifenden Konsums der eingemieteten Disco wie auch dem Restaurant und bald dominierten die Drogen den AJZ-Alltag. Drogen gehörten zur Protesthaltung dazu, mit ihrem Konsum grenzten sich die Jungen vom bürgerlichen Leben und der Arbeitswelt der Erwachsenen ab. Diese Situation spitzte sich im zweiten Basler AJZ zu. Im ab 1981 besetzten AJZ Hochstrasse richteten die Bewohnerinnen und Bewohner für die Junkies einen Fixerraum ein, lange bevor Fixerräume politisch denkbar wurden.⁵¹ Im Nachgang bewerteten Sympathisanten und Besetzende den zunehmenden Konsum und die dadurch zunehmende Gewalt und Beschaffungskriminalität als einen der Gründe, weshalb der Traum eines AJZ scheiterte.

Der zunehmende Drogenkonsum wurde weltweit zu einem politischen Thema. Die Schweiz verabschiedete 1975 ein restriktives Betäubungsmittelgesetz. War die Politik zuvor liberal mit Drogenkonsum umgegangen, versuchte sie das Problem nun mit einer Kriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten zu lösen und etablierte damit eine auf Abstinenz ausgelegte Drogenpolitik, Jahre bevor dies internationale Abkommen verlangten. Die Strafandrohungen sollten junge Menschen vom Drogenkonsum abhalten, die Drogen dadurch aus der Gesellschaft wieder verschwinden.⁵² Auch Christina Vogel litt unter der neuen Härte des Gesetzes. Noch als Jugendliche kam sie mehrere Monate in Untersuchungshaft und wurde danach administrativ versorgt, also ohne reguläres Gerichtsverfahren weggesperrt.



89 Öffentliche Toilette in Zeiten der offenen Drogenszene, 1991. — Da viele Drogenabhängige öffentliche Toiletten zum Fixen nutzten, waren diese häufig stark verschmutzt. Toiletten wurden damit zum Sinnbild für das Drogenelend Anfang der 1990er-Jahre und seine Auswirkungen auf den öffentlichen Raum.

Das neue Betäubungsmittelgesetz sah nebst der repressiven Ahndung von Handel und Konsum auch Prävention und Therapie vor – zumindest in attestierten leichten Fällen und wenn sich die betreffende Person «therapiewillig» zeigte. Es waren meist Private, die diese Vorgaben umzusetzen versuchten. 1971 entstanden in Basel die Drogenberatungsstelle «Drop-In» und therapeutische Wohngemeinschaften, in denen Jugendlichen geholfen und wo sie beraten wurden.⁵³

Auch die Behörden erkannten, dass sie Jugendliche über die Gefahren von Drogen aufklären mussten. 1972 eröffnete das Jugendamt eine Drogenberatungsstelle. Die Idee der «Prophylaxe», also von vorbeugenden Massnahmen, wurde wichtiger und schliesslich im Basler Jugendhilfegesetz 1984 gesetzlich verankert. Trotz diesen Versuchen, den therapeutischen und präventiven Ansatz zu stärken,

war die Idee der Abstinenz bis in die 1990er-Jahre dominant in der staatlichen Drogenpolitik.

Die Abstinenzpolitik scheiterte jedoch. Ende der 1970er-Jahre spitzte sich das Drogenproblem zu, immer mehr junge Leute starben an ihrer Drogensucht, einige von ihnen sichtbar in öffentlichen Toiletten oder in Parks.⁵⁴ Von den AJZ verlagerte sich der Drogenkonsum auf die Strasse. Zwar gab es in Basel keine so grosse und international beachtete Drogenszene wie den Platzspitz oder den Letten in Zürich. Doch auch hier konzentrierte sich die Drogenszene, hauptsächlich im Unteren Kleinbasel, was für die Anwohnerschaft und für die Stadt zunehmend zum Problem wurde. Ab den 1980er-Jahren waren vermehrt kritische Stimmen zu hören, die sich für einen repressiven Ansatz stark machten. Aber erst das Aufkommen von Aids veranlasste die Regierung, von ihrem Kurs abzuweichen und ihre Drogenpolitik zu liberalisieren.

Aids löst ein Umdenken aus

Aids sei Mitte der 1980er-Jahre, als in Basel erstmals zwei Männer an der Krankheit starben, eine «Skandalkrankheit» gewesen, schrieb Christina Vogel in ihrer Autobiografie.⁵⁵ «Zuerst hiess es, es sei eine Schwulenkrankheit, und später kamen noch die «Drögeler» dazu. Wie bequem!»⁵⁶ Wie man sich anstecken konnte, darüber war noch wenig bekannt. Es herrschte Panik, schliesslich ging man davon aus, dass man nach Erhalt der Diagnose noch gut ein Jahr zu leben hätte.⁵⁷

Tatsächlich steckten sich zu Beginn hauptsächlich schwule Männer mit HIV an. Die tödliche Bedrohung traf die kleine Community schwer. «Die Angst war übergross, denn sehr schnell begriff ich, dass sie auch begründet war», berichtete später ein schwuler Mann, der 1984 positiv auf HIV getestet wurde. «Meine Freunde um mich herum starben, einer nach dem andern.»⁵⁸ Die gesellschaftliche Toleranz, die sich die Schwulenbewegung hart erkämpft hatte, drohte wieder verloren zu gehen. Im 1988 erschienenen Buch «Männergeschichten» klagten die Autoren über «neue Diskriminierung» und beschwerten sich über den «Vorwurf, AIDS verursacht zu haben».⁵⁹ Ihnen zufolge begünstigte die mediale Berichterstattung die Wahrnehmung, Schwule seien «Sexmonster» und eine Ansteckung nicht selten die «Quittung für ein falsch gelebtes Leben».⁶⁰

Die als erstes betroffene Schwulenszene ging bei der Bekämpfung der Krankheit voran, namentlich die Schwulenorganisation «habs».⁶¹ 1983 bildete sie eine Aids-Gruppe, die ein Beratungstelefon einrichtete und einen Informationsflyer verfasste. Rasch kam es zur Zusammenarbeit mit Gesundheitsdiensten, die

Kontakte unter anderem zur Dermatologischen Klinik pflegte. Die zuvor privat und unter der Hand organisierte Hilfe wurde zunehmend offiziell und staatlich unterstützt. 1986 gründeten Aktivistinnen und Aktivisten, darunter viele, die zuvor in der Schwulenbewegung aktiv gewesen waren, die Aids-Hilfe beider Basel – ein Jahr, nachdem der bekannte Fernsehjournalist André Ratti die Gründung des Vereins Aids-Hilfe Schweiz im Fernsehen öffentlichkeitswirksam verkündet hatte.⁶² Bald darauf schloss sich die Aids-Hilfe Schweiz mit dem Bundesamt für Gesundheit zusammen, es folgte eine grossangelegte Informationskampagne zu Safer Sex und Ansteckungsrisiken.⁶³ Schwule agierten zum ersten Mal als anerkannte Partner des Staates. Die Kampagnen führten zu einer Verschiebung: vom Fokus auf Risikogruppen hin zum Fokus auf Risikoverhalten, auch von Heteros. Die Prävention etablierte sich als Mittel erster Wahl, um Neuansteckungen zu bekämpfen.⁶⁴ Bald kannte jedes Kind in der Schweiz das in Basel entwickelte «Stop-Aids»-Signet mit aufgerolltem Kondom. Das Thema Sex und Verhütung kam im öffentlichen Raum an, wurde enttabuisiert. Sexualität war nicht länger nur Privatsache, sondern Teil der öffentlichen Gesundheitspolitik.

Das Problembewusstsein wuchs, was zur Unterstützung von Institutionen führte, die sich dem Kampf gegen Aids verschrieben hatten. 1989 eröffnete in Basel das schweizweit erste Pflegeheim für Aidskranke, das «Lighthouse».⁶⁵ Die Quartierbewohnerinnen und -bewoh-

90 Leporello mit Präservativ der Aids-Hilfe beider Basel, 1986. — Die Kampagnen der Aids-Hilfe fanden grosse Aufmerksamkeit. Alle sollten wissen, dass HIV beim Sex übertragen wird, nicht aber beim Safer Sex. Das in diesen Leporello geklebte Kondom, den «Hot Rubber», verteilte die Aids-Hilfe beider Basel vor den Festtagen am Jahresende in Bars oder Saunen.



ner zeigten dem Chefarzt der Dermatologischen Universitätsklinik zufolge viel «Verständnis und Toleranz» dem Projekt gegenüber.⁶⁶ Es folgten Sportanlässe, Ballettaufführungen, Kunstaussstellungen und Dinner mit viel internationaler Prominenz – alles Benefizveranstaltungen für das Lighthouse und andere Projekte und Organisationen. Die Solidarität mit den Betroffenen nahm zu, aber auch die Überzeugung, etwas gegen die Krankheit unternehmen zu müssen.

Denn immer mehr Drogenabhängige infizierten sich durch unsaubere und gemeinsam benutzte Heroinspritzen mit HIV. Diese Infektionen befeuerten die Angst, dass sich Aids beispielsweise über die Prostitution auf gutbürgerliche Familien ausdehnen könnte. Die tödliche Krankheit schien die gesamte Bevölkerung zu bedrohen. Zwei nicht-staatliche Organisationen in Basel lancierten 1987 ein Pilotprojekt, das weitreichende und langfristige Veränderungen mit sich bringen sollte.

Das Rotlichtmilieu: Nur an wenigen Orten erlaubt

Die Behörden versuchte lange, die Prostitution auf bestimmte Zonen in der Stadt einzuschränken. Sichtbar wurde diese Politik in Piktogrammen, die der Kanton 2016 auf die Strassen malen liess. Sie zeigen eine Frau in Minirock und mit grossem Busen, an einer Strassenlaterne lehnend. Die Botschaft: Bis hierhin und nicht weiter reicht das Rotlichtmilieu.⁶⁷ Sichtbar gemacht wurde damit, was bereits seit 1978 Gesetz war. Damals hatte die Regierung im Rahmen des verabschiedeten Übertretungsstrafgesetzes festgelegt, wo sich Prostituierte «in erkennbarer Bereitschaft» zeigen dürfen und wo dies wegen «unzumutbarer Belästigung der Anwohner» verboten war.⁶⁸ Insbesondere im kleinen Gebiet im Unteren Kleinbasel zwischen Mittlerer Brücke und Kaserne war Prostitution erlaubt. Etwas ausserhalb der Stadt tolerierten die Behörden Prostitution beim Güterbahnhof Wolf und bei der Brücke, die als Verlängerung der Schwarzwaldallee über die Wiese führt. In der Stadt regte sich wiederholt Widerstand von Anwohnerinnen und Anwohnern

gegen die Eröffnung von Salons und Bordellen oder gegen neue, nicht gesetzlich geregelte Strassenstriche.⁶⁹

Die Strassenprostitution war insbesondere in den 1980er- und 1990er-Jahren sichtbar. Rund um die Claramatte etablierte sich Ende der 1990er-Jahre der Polizei zufolge der «Drogenstrich».⁷⁰ Die Polizei versuchte mittels Verbotsschildern und Handzetteln die Prostituierten und ihre Freier in jene Zonen zu lenken, in denen Prostitution toleriert war. Die «Frauen-Oase», eine Beratungsstelle für drogenabhängige Sexarbeiterinnen, kritisierte diese Praxis: Das traditionelle Milieu sei sehr verschlossen und versuche neue Prostituierte gar mit Gewalt fernzuhalten.⁷¹

Trotzdem hielt Basel-Stadt an den nun mit Piktogrammen markierten Zonen für Prostitution fest. «Aliena», eine 2001 entstandene Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen, mahnte, bei den ganzen Regulierungen die Frauen nicht zu vergessen: «Sexarbeiterinnen sind Frauen mit Würde – Menschen mit Bedürfnissen, Hoffnungen und Ängsten.»⁷²

Die Aids-Hilfe beider Basel und der Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter verteilten in der Basler Drogenszene Präservative und saubere Spritzen, um die Weitergabe von schmutzigen und möglicherweise infizierten Spritzen zu verhindern. Die Behörden bewilligten die Verteilaktion. Sie dauerte zwar nur wenige Monate, war aber wichtig, weil sie Möglichkeiten einer suchtbegleitenden Drogenpolitik in der damals strikt auf Abstinenz setzenden Schweiz aufzeigte.⁷³ Private und Behörden begannen daraufhin mit liberaleren Ansätzen in der Drogenpolitik zu experimentieren, die zunächst in Basel und einige Jahre später auch in der Schweiz gesetzlich verankert wurden. Aids war der Anlass für einen Bruch mit der bisherigen Drogenpolitik.

Das Vier-Säulen-Modell trägt die neue Basler Drogenpolitik

Dass die Basler Behörden in ihrer Drogenpolitik lange keine klare Linie verfolgten, lag auch am damaligen gesellschaftlichen Umfeld. Was im Bereich des Drogenkonsums rechtens war und was nicht, wurde Ende der 1980er-Jahre national und international neu ausgehandelt. Just als in Basel und anderen Schweizer Städten über liberalere Ansätze diskutiert wurde, wählten viele Staaten die Repression als Mittel gegen den Drogenkonsum, insbesondere die USA. 1988 wurde im Rahmen eines Abkommens der Vereinten Nationen der Konsum von Drogen erstmals auf völkerrechtlicher Ebene kriminalisiert. Auch in der Schweiz galt zu dieser Zeit noch die repressive und auf Abstinenz zielende Drogenpolitik. Doch in einzelnen Städten zeichneten sich Reformen ab. Insbesondere die Stadt Bern preschte mit ihrem ab 1986 betriebenen legalen Fixerraum voran. Das Zürcher Stadtparlament erklärte 1988 die «Überlebenshilfe» zu einem Ziel der städtischen Drogenpolitik und richtete kurze Zeit später eine mobile Arztpraxis auf dem Platzspitz ein.

In Basel eröffnete der Verein Virus 1989 das erste Fixerstübli «Lucky». An diesem Ort am Lindenberg konnten sich Süchtige nicht nur sauberes Spritzenmaterial holen, sondern auch gleich vor Ort Drogen konsumieren.⁷⁴ So wurden Infektionen verhindert und medizinische Nothilfe gewährleistet. Obwohl der Chef des Betäubungsmitteldezernats verlauten liess, dass sich nicht nur die Drogenkonsumentinnen und -konsumenten, sondern auch die Betreiber des «Luckys» strafbar machten, bewilligten die Behörden schliesslich den Betrieb. Die Regierung unterstützte den Konsumraum sogar mit einer finanziellen Zuwendung. Insbesondere im Kleinbasel wehrten sich allerdings Anwohnerinnen und Anwohner gegen neue Einrichtungen, weil sie eine «Zementierung» des Problems fürchteten.⁷⁵ Ein Anwohner berichtete dem Regierungsrat schriftlich von «gebrauchten

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

91 Gassenzimmer für Drogensüchtige in Basel, 1995. — Um 1990 starben viele junge Menschen in Basel an ihrer Drogensucht. Zur Gefahr einer Überdosis kamen Infektionskrankheiten wie Aids, die durch schmutzige Spritzen übertragen wurden. 1991 setzte der Kanton das Vier-Säulen-Modell um und eröffnete im selben

Jahr das erste Gassenzimmer, 1992 das zweite und dritte. Basel-Stadt war damals der einzige Kanton mit diesem Angebot und nahm damit eine Pionierrolle ein. In den Gassenzimmern erhielten Drogenabhängige einen sicheren Raum, sterile Spritzen und im Notfall rasche Hilfe.

Spritzen im Briefkasten, übelriechender, verunreinigter Hauseingangspartie, Vandalismus, aggressiver Belästigung durch Drogenabhängige».⁷⁶ Erst der «Drogenstammtisch» trug nach heftigen Auseinandersetzungen zur Beruhigung der Situation und besserem gegenseitigen Verständnis bei.

In den 1990er-Jahren pflegte Basel eine liberale Drogenpolitik. Während Zürich wie auch Bern ihre Drogenszenen polizeilich räumten, setzten sich in Basel verschiedene Parteien erfolgreich für progressive Lösungen ein.⁷⁷ Insbesondere die FDP drängte auf ein radikales Umdenken. 1987 bildete sie eine Drogenkommission, die – parteiintern nicht unumstritten – öffentlich die Entkriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten sowie eine rezeptpflichtige Drogenabgabe

forderte.⁷⁸ Darauf aufbauend entwickelten die Basler Behörden das Konzept der «Schadensminderung», das die drei bisherigen Säulen der Drogenpolitik – Prävention, Therapie, Repression – ergänzen sollte. Das Vier-Säulen-Modell in Basel war geboren, 1991 institutionalisierte es die Basler Regierung als erster Kanton.

Die rasche Umsetzung des Vier-Säulen-Modells geschah vor dem Hintergrund der Aids-Epidemie, die für Drogenabhängige eine grosse Gefahr darstellte. Die Politik reagierte damit auch auf die grossen Ängste, die diese Krankheit in der Gesellschaft hervorgerufen hatte. Bessere Lebensbedingungen für Drogenabhängige sollten die Verbreitung des HIV eindämmen. Zudem sollten Süchtige weg von der Strasse gebracht werden, nicht nur um Drogentote zu vermeiden, sondern auch um die Anwohnerschaft vor einer offenen Drogenszene zu schützen.

Hinter der progressiven Drogenpolitik standen bürgerliche Regierungsräte: bis 1992 der LDP-Regierungsrat Peter Facklam und ab 1992 der zuvor noch als sicherheitspolitischer Hardliner bekannte FDP-Regierungsrat Jörg Schild. Automaten, an denen benutzte Spritzen im Austausch gegen neue, saubere Spritzen entsorgt werden konnten und ein kantonales «Gassenzimmer» waren die sichtbarsten Auswirkungen der neuen Politik. Der Kanton setzte den Zürcher Politiker Thomas Kessler als «Drogendelegierten» ein und verankerte so die Neuausrichtung in der Verwaltung.⁷⁹ Zwar erfolgte die Wende erst zu einem Zeitpunkt, als selbst der Bundesrat schadensmindernde Massnahmen empfahl und kurz darauf einen ersten Versuch zur staatlich kontrollierten Abgabe von Heroin aufgleiste. Aber sie geschah auch in einer Zeit, in der viele andere Kantone, insbesondere in der Romandie, aber auch der Nachbarkanton Basel-Landschaft, an ihrer Abstinenzpolitik festhielten. In Basel bestätigte dagegen die Stimmbevölkerung 1994 die Neuausrichtung. Sie stimmte einem Kredit für die ärztlich begleitete Abgabe von Heroin zu.⁸⁰ Bundesweit wurde der neue Ansatz erst 2008 gesetzlich verankert.

Die Schweiz und insbesondere auch Basel leisteten drogenpolitische Pionierarbeit. In Westeuropa stiess das neue Modell auf grosses Interesse. Das Fixerstübli «Lucky» berichtete 1991 von einer langen «Gästeliste» von Drogenfachleuten und Politikern aus dem Ausland und anderen Kantonen.⁸¹ Im Laufe der 1990er-Jahre etablierten sich ähnliche Konzepte im übrigen Europa. Ausserhalb Europas und in völkerrechtlichen Konventionen blieb hingegen die repressive und kriminalisierende Tendenz in der Drogenpolitik dominant.

Der Drogenkonsum in Basel wurde ab den 2000er-Jahren zunehmend unsichtbar. Er verlagerte sich von der Strasse in die «Kontakt- und Anlaufstellen», die vormaligen «Gassenzimmer», weg von der Innenstadt, an die Ränder der Stadt.⁸²

«Hanfmekka»: Blütezeit des Kiffens in Basel

Um 2000 gab es in Basel rund hundert Hanfläden. Die Behörden duldeten die Verkaufsstellen, da sie von einer baldigen Legalisierung von Cannabis auf Bundesebene ausgingen.⁸³ Selbst als andere Kantone nach einem Bundesgerichtsurteil 2000 repressiver auf Cannabisverkaufsstellen reagierten, liess Basel-Stadt die Hanfläden gewähren. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Stadt als «Hanfmekka» bekannt, das auch Kiffende aus Deutschland und Frankreich versorgte.⁸⁴

Die Legalisierung von Cannabis kam jedoch nicht zustande. Aus diesem Grund änderte sich auch in Basel der Umgang mit den Verkaufsstellen. Denn in den Läden waren nicht nur Duftsäckchen und modische Accessoires erhältlich, vielmehr herrschte in Basel der Staatsanwaltschaft zufolge ein «faktisch freier Handel von illegalen Cannabisprodukten».⁸⁵ Parallel dazu mehrten sich Zeitungsberichte über mafiöse Strukturen, Schutzgelderpressungen, einer Entführung und hohen steuerfreien Gewinnmargen. Da nützte auch die Verlautbarung einiger Betreiber wenig, dass sie wie «Bäcker»

seien und sich als normale «Kleinunternehmer» verstünden.⁸⁶ Ende 2002 schloss die Polizei fast alle noch bestehenden Hanfläden. Der nun illegale Handel verlagerte sich an den Rhein, an den damals sogenannten «Flora Beach», zeitweise in die Nähe des Theaters, der Kaserne oder auf Kurierdienste.

Weder die Regierung noch das Parlament waren jedoch von dem repressiven Ansatz überzeugt. 2012 regte der Grosse Rat einen Pilotversuch zur kontrollierten Cannabisabgabe an. Auch in anderen Städten wurde über solche Möglichkeiten debattiert, doch lange verwehrt das Bundesamt für Gesundheit ihre Umsetzung.⁸⁷ Erst eine Änderung des national geltenden Betäubungsmittelgesetzes ermöglichte in Basel-Stadt den Pilotversuch ab 2022.⁸⁸ In der Zwischenzeit hatten in Basel bereits wieder Hanfläden eröffnet: Nachdem 2016 der Bund Cannabidiol (CBD) ohne Rauschwirkung als legal eingestuft hatte, entstanden in Basel wie auch in der restlichen Schweiz in kurzer Zeit erneut zahlreiche Cannabisläden, die CBD-Produkte anboten.

Der Kanton hatte zuvor seine Präventionsarbeit ausgebaut, die Teil der Verwaltungsstrukturen wurde. In den 1990er-Jahren waren Präventionsprogramme häufig auf die Verhinderung von Drogenkonsum und auf Safer Sex ausgelegt. Jetzt wurde Prävention ein über die Themen Aids und Sucht hinausgehender integraler Bestandteil kantonaler Gesundheitspolitik.⁸⁹ Auch in der Biografie der bereits erwähnten Christina Vogel zeigte sich diese Hinwendung zur Präventionsarbeit: Wie andere HIV-positive oder ehemals drogenabhängige Menschen bot sie an Schulen Gespräche mit suchtgefährdeten Jugendlichen sowie Aufklärung zu Drogen und Safer Sex an.⁹⁰ Prävention war zum neuen Paradigma der Gesundheitspolitik geworden und löste die repressive Ahndung von Drogensüchtigen ab. Was Präventionsprogramme nicht lösen konnten, war die anhaltende soziale Stigmatisierung HIV-Positiver und die Ausgrenzung Heroinsüchtiger.

Wohnen ist privat, Wohnen ist politisch

Im Sommer 2018 nahm die Basler Stimmbevölkerung vier Initiativen an, die den Schutz der Mieterinnen und Mieter stärken sollten. Besonders symbolträchtig war das «Recht auf Wohnen», eine Forderung, die als Artikel in der Kantonsverfassung verankerte wurde und deshalb auch international für Aufmerksamkeit sorgte. Die *«Frankfurter Allgemeine Zeitung»* titelte: «Mieter in Basel proben den Aufstand».⁹¹ Der «Aufstand» hatte eine Vorgeschichte. Seit den 1960er-Jahren stritten sich Interessenverbände, Parteien und Private vehement darüber, wie die Wohnungsnot zu lindern sei. Das lag auch daran, dass das Wohnen eng mit dem eigenen Lebensentwurf zusammenhing. Die Ansprüche an die Wohnung als privater Rückzugsraum veränderten sich markant, gefordert waren grössere Wohnflächen und mehr Komfort. Angesichts der mangelnden Landreserven im Stadtkanton wurde Wohnraum zu einem knappen und kostbaren Gut.

Der Blick durchs Schlüsselloch: Basler Lebensräume

Eine Frau steht in einer engen Küche, während im Hintergrund der Fernseher läuft. Sie kocht, vielleicht für die Kinder und den Ehemann, die gleich nach Hause kommen. Wir befinden uns im Jahr 1976, in einer Dreizimmerwohnung im St. Johann [92].⁹² Diese Szene wird sich so oder ähnlich in vielen Haushalten Basels abgespielt haben. Die Küche war das Herzstück des Wohnens, das bestätigten 1963 fast tausend Basler Frauen in einer Umfrage. Die Bemühung von Architekten, das Wohnzimmer in das Zentrum zu stellen, sei letztlich ein «männlicher Standpunkt», im Alltag der Familie sei die Küche wichtiger.⁹³

Das Fernsehen nahm in der Wohnung der kochenden Frau im St. Johann einen prominenten Platz ein, sogar in der Küche war es präsent. Meist stand der Fernseher im Wohnzimmer, er verkörperte ein verändertes Freizeitverhalten. Seine Ausbreitung begann in den 1960er-Jahren, als das Schweizer Fernsehen seinen regulären Betrieb aufnahm und sich auch mittelständische Haushalte ein Gerät leisten konnten.⁹⁴ Zeitgleich mit dem Fernseher entwickelte sich das Telefon zum unverzichtbaren Wohnungszubehör. Die Zahl der Telefonanschlüsse in Basel stieg zwischen 1960 und 1990 von rund 60 000 auf 140 000.⁹⁵

Auch der Kühlschrank entwickelte sich zu einer Massenware und einem erschwinglichen Haushaltsgerät. Die abgebildete Wohnung im St. Johann verfügte



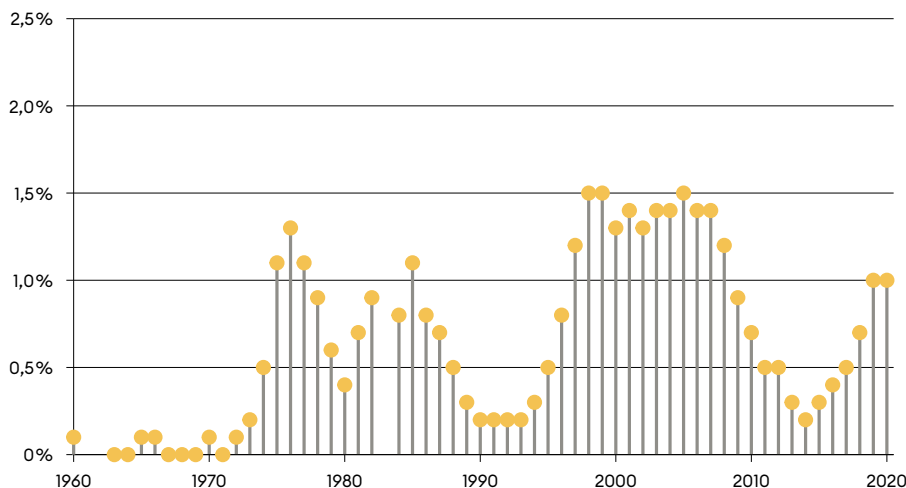
92 Wohnung an der Wasserstrasse im St. Johann, 1976. —

Bis vor Kurzem befanden sich in dieser Wohnung Büros der Firma Sandoz. Wegen der Rezession wurden diese nicht mehr benötigt und umgenutzt. Die Küche der Dreizimmer-Wohnung zeigt exemplarisch den Ausbaustandard, der in der Hochkonjunktur zur Norm wurde: Elektroherd, Backofen, Toaster, Radio und Fernseher.

ebenfalls über ein Exemplar. Neben dem Kühlschrank erleichterten weitere Geräte die Hausarbeit, darunter die Trommelwaschmaschinen, die das mühselige Waschen von Hand obsolet machten.⁹⁶

Während technische Neuerungen den Alltag der Menschen revolutionierten, veränderten sich auch die Ansprüche an den Wohnraum. In Basel wurden in der Hochkonjunktur hauptsächlich Wohnungen mit wenigen Zimmern gebaut. Auch das hatte gesellschaftliche Gründe: Singlehaushalte nahmen zu, Grossfamilien

Leerstandsquote, 1960–2020



93 Insbesondere in der Hochkonjunktur der 1960er-Jahre, als die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner stark wuchs, war die Wohnungsnot gross. In den 1970er-Jahren entspannte sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt. In den 2010er-Jahren machte sich die wachsende Wohnbevölkerung erneut anhand der wenigen freien Wohnungen bemerkbar.

● Leerstandsquote in Prozent

wurden seltener. Noch 1950 lebten durchschnittlich drei Personen in einer Wohnung. Dreissig Jahre später war der Einpersonenhaushalt die häufigste Wohnform, dicht gefolgt vom Leben zu zweit. Parallel dazu stieg der Wohnflächenbedarf kontinuierlich an. Damit verbunden war ein Problem für Familien, die in Basel leben wollten: Wohnungen mit genügend Zimmern waren rar und teuer.

Die Probleme des Wohnungsmarktes spiegelten sich auch in der Anzahl leerer Wohnungen [93]. Trotz der regen Bautätigkeit in der Stadt betrug die Leerstandsquote in den 1960er-Jahren zwischen null und 0,2 Prozent. 1963 war die Wohnungsnot besonders frappant: Im gesamten Kanton wurden nur vier leere Wohnungen registriert.⁹⁷ Erst mit der Rezession der 1970er-Jahre und dem Bevölkerungsschwund beruhigte sich die Situation. Dennoch blieb die Wohnungsnot ein Dauerthema in der Basler Politik.

Ein eigenes Haus in Basel-Stadt wurde für Private zunehmend unerschwinglich. Zwischen 1970 und 1980 sank der Anteil von Wohngebäuden im Besitz von

Privatpersonen von 62 Prozent auf 34 Prozent.⁹⁸ Dagegen nahm der Anteil der juristischen Personen wie Stiftungen, Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften zu, die Wohneigentum besaßen. Diese Entwicklung setzte sich in den 1980er-Jahren wegen der steigenden Reserven der Pensionskassen und ihrem Investitionsbedarf fort. Obwohl der Anteil der Personen, die in ihrem Wohneigentum lebten, von 11,7 Prozent im Jahr 1970 auf 15,4 Prozent im Jahr 2020 zunahm, blieb Basel-Stadt der Kanton mit dem höchsten Mieterinnen- und Mieteranteil der Schweiz.⁹⁹

Die Entstehung der ‹WG›

Veränderte Ansprüche an das Wohnen spiegelten sich in neuen Wohnformen wider. Einige kamen mit der 68er-Bewegung auch nach Basel. Die revolutionärsten waren Kommunen und Wohngemeinschaften, im Volksmund ‹WG› genannt. Die ersten Kommunen entstanden um 1967 in San Francisco, kurze Zeit später tauchte das neue Lebensmodell in Berlin auf und verbreitete sich von dort aus im übrigen Westeuropa.¹⁰⁰ In Kommunen lebten meist junge Menschen zusammen, teilten sich Räume und pflegten linksalternative Beziehungs-, Erziehungs- und Lebensformen. Es war ein Gegenentwurf zum bürgerlichen Leben in der Kleinfamilie.

Auch in Basel nahm die Zahl der Kommunen und WGs – zu Beginn wurden diese beiden Begriffe synonym verwendet – rasch zu. 1971 berichtete das Polizeidepartement von dreissig, ein Jahr später bereits von sechzig Kommunen und WGs. Zeitgenössische Schätzungen gehen gar von rund 200 WGs und Kommunen aus. Ihre Existenz versuchten die Bewohnerinnen und Bewohner aus guten Gründen zu verheimlichen, denn sie lebten in einer gesetzlichen Grauzone.¹⁰¹

Dass die Wohngemeinschaften und Kommunen in Polizeiberichten erschienen, war Ausdruck für ihre gesellschaftliche Ächtung. Die Polizei führte Razzien durch, der Fahndungsdienst kontrollierte WGs, denn sie würden «Jugendlichen, lichtscheuen Elementen, Rechtsbrechern und Rauschgiftsüchtigen Unterschlupf gewähren».¹⁰² Man fürchtete Sexorgien, Drogenhöhlen und revolutionäre politische Aktivitäten. Nicht nur der eigene Wunsch nach einem alternativen Leben, sondern die anfänglich vehemente gesellschaftliche Ablehnung machte das Leben in einer WG zu einem politischen Statement.

Nach anfänglicher Aufregung konnte sich die WG langfristig als akzeptierte, vorwiegend studentische Wohnform etablieren – im Gegensatz zur Kommune, der immer ein linksradikales Image anhaftete.¹⁰³ Dies lag auch an der wachsenden Zahl der Studierenden, die sich an der Universität Basel von 1960 bis 1973 von rund 2500 auf 5000 verdoppelte.¹⁰⁴ Zimmer bei Familien oder einer erwachsenen Ver-



94 Kommune an der Augustinergasse, 1973. — Die abgebildete Kommune an der Augustinergasse wollte sich sozialen Problemen widmen, unter anderem nahm sie entlassene Strafgefangene und Jugendliche mit Problemen bei sich auf. Gemeinschaft wirke integrierend und heilend, davon waren die Bewohnerinnen und Bewohner überzeugt.

mieterin, einer sogenannten Schlummermutter, wurden knapp. Zwar liessen private Stiftungen und Vereine im Laufe der 1960er-Jahre mehrere Studentenheime bauen, viele mit möblierten Zimmern. Doch viele Studierende zogen kollektive Wohnformen vor, die so in Studentenheimen nicht möglich waren. 1970 gründeten Studierende als Selbsthilfeorganisation den Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe). Basel hinkte dabei Zürich hinterher, wo die Studentische Wohngenossenschaft (WoKo) bereits seit 1956 existierte. Die WoVe richtete WGs ein und festigte damit deren Ruf als typische studentische Wohnform.

In den 1970er-Jahren begannen auch die städtischen Behörden, die neue Wohnform zu akzeptieren. Während das Polizeidepartement repressiv handelte, reichten andere Departemente die Hand. 1974 vermietete die Stadt im Wettsteinquartier erstmals ein Haus an eine sozial durchmischte grosse WG, 25 Jahre später berichtete der Verwalter von durchwegs positiven Erfahrungen, schliesslich habe es sich nicht «um eine Kommune oder ein vergleichbares Gebilde» gehandelt.¹⁰⁵ Die WG wurde nun positiver wahrgenommen. In den darauffolgenden Jahrzehnten wandelte sich die WG zu einer zweckmässigen und kostengünstigen Lebensform.

Auch jenseits studentischer Kreise spiegelte die Architektur der 1980er-Jahre einen verstärkten Gemeinschaftssinn. Als pionierhaft galten die Wohnhäuser an der Hammerstrasse [107].¹⁰⁶ Die vom Basler Architekturbüro Diener & Diener geplanten und von 1978 bis 1981 gebauten Blöcke boten Wohnungen für Familien, Wohngemeinschaften und Singles. Sie vereinten damit nicht nur neu entstandene Wohnbedürfnisse, sondern nahmen Trends vorweg. Ein öffentlich zugänglicher Hofraum stand exemplarisch für die «Wechselbeziehung von öffentlichen und privaten Bereichen», die gemäss den Architekten städtisches Leben auszeichne.¹⁰⁷ Gemeinschaftsflächen, öffentlich zugängliche Räume und die Verbindung von Wohnen und Arbeiten sollte das in Verruf geratene Leben in der Stadt wieder attraktiv machen. Es war ein Kontrapunkt zum ländlichen Einfamilienhaus mit Gartenzaun.

Markt oder Staat: Wer bestimmt über das Wohnen?

Sommer 1980 im St. Johann: Mehrere Häuser an der Ryffstrasse sind besetzt. Zuvor hatten sich Hauseigentümer und Bewohnerinnen und Bewohner vor Gericht gestritten, ob die Liegenschaften abgerissen werden dürften oder nicht. Die Besetzung war der letzte Versuch, die Häuser vor dem Abbruch zu bewahren. Es ging dabei nicht nur um die betroffene Häuserzeile, sondern um den Erhalt von günstigem Wohnraum. Sie wolle nicht mehr «permanent herumgeschoben werden», erklärte eine der Besetzerinnen im Film <z. B. Ryffstrasse>. In den letzten Jahren



95 Räumung der besetzten Häuser an der Ryffstrasse, 1980. — Hausbesetzungen waren ein Mittel, um gegen Wohnungsnot, steigende Mieten und Hausabbrüche zu protestieren. In Basel sorgten zwei Besetzungen für grosse

Aufmerksamkeit: die Besetzung an der Florastrasse, die 1979 geräumt wurde, und die Besetzung an der Ryffstrasse. Rund um das Haus hatten die Besetzerinnen und Besetzer hohe Barrikaden und Strassensperren errichtet.

musste sie mehrmals aus alten und heruntergekommenen, dafür aber günstigen Häusern ziehen.¹⁰⁸ Ihre Haltung teilten in Basel der Mieterverband sowie verschiedene linke Parteien und Organisationen.

Die Besetzung ging aus einer Mieterbewegung hervor, die sich gegen steigende Mieten und Wohnungsknappheit wehrte.¹⁰⁹ Freie Wohnungen waren in der Nachkriegszeit ein knappes Gut, die Leerstandquote war tief, die Mietzinse stiegen. Lange war der Wohnungsmarkt stark reguliert, da der Bund im Zweiten Weltkrieg einen Kündigungsschutz und eine Mietpreiskontrolle für Altbauten eingeführt hatte. Nach 1960 wurde der Mieterschutz aufgeweicht. In Basel wehrte sich die Linke gegen die einsetzende Liberalisierung. Auch der Regierungsrat wollte «finanziell Schwache vor [dem] wirtschaftlichen Ausbeutungswillen einiger

Weniger schützen».¹¹⁰ Die gegenteilige Position vertraten bürgerliche Parteien, insbesondere die LDP, und der Hausbesitzerverein, so der damalige Name des heutigen Hauseigentümerverbands. Für sie lag der entscheidende Grund für die Wohnungsnot im erhöhten Raumbedarf der Mieterinnen und Mieter. Zudem stelle der Mieterschutz, der vor allem bei Altbauten greife, eine Marktverzerrung dar. Ein LDP-Grossrat forderte 1963, der Staat solle die Mietzinskontrolle aufheben. Denn der Staat verursache «auf Dauer mehr Schaden als Nutzen».¹¹¹

Bis 1972 hob der Bund den Kündigungsschutz und die Mietpreiskontrolle für Altbauten schrittweise auf. Dies führte auch in Basel zu Mietzinserhöhungen für Altbauwohnungen. Der bundesweiten Liberalisierung stellte Basel-Stadt eine kantonale Regulierung des Immobilienmarkts entgegen. 1968 verabschiedete der Kanton ein Gesetz, das Abbrüche bewilligungspflichtig machte.¹¹² Einige Jahre später ergänzte das Parlament: Wohnungen dürfen nicht als Büros zweckentfremdet werden. Tatsächlich nahm die Zahl der Hausabbrüche pro Jahr seit den 1970er-Jahren ab.

Die Einschränkung der sogenannten Zweckentfremdung von Wohnungen sollte der Immobilienspekulation einen Riegel schieben. Vor allem die Mieterbewegung kritisierte, dass diese dennoch ungemindert weiter betrieben würde. So schrieb die aus einer Hausbesetzung hervorgegangene Mieteraktion 1979, dass die Spekulation «wie eine Lawine über die Stadt» rolle: «Mieten steigen, Wohnungen werden luxusrenoviert, Häuser abgebrochen, Mieter mit ihrem ganzen Haushalt hin- und hergeschoben.»¹¹³ Insbesondere im Gundeldinger- und im Matthäus-

**Mieten steigen,
Wohnungen werden
luxusrenoviert**

quartier, wo der Altbaubestand gross war, kam es zu Kaskadenverkäufen. Häuser wurden gekauft und kurz darauf mit Gewinn weiterverkauft.¹¹⁴ Viele der ehemals günstigen Wohnungen wurden zu Stockwerkeigentum und Büroräumen umfunktioniert. Erst ein dringlicher Bundesbeschluss von 1989, der den Weiterverkauf von Häusern während fünf Jahren verbot, beruhigte die Situation. Auf Kantonsebene präzisierten Regierung und Parlament, wann eine Bewilligung für einen Abbruch zu erteilen sei.

In den 1990er-Jahren kam es in Basel-Stadt zu weiteren Liberalisierungen. Die Immobilienkrise führte dazu, dass viele Bürogebäude leer standen.¹¹⁵ Gesetzesänderungen ermöglichten Umnutzungen in beide Richtungen. Zudem beeinflusste der Wegzug vieler gutverdienender Familien den Wohnungsbau.

Private, insbesondere Stiftungen und Genossenschaften, kümmerten sich zunehmend um den sozialen Wohnungsbau. 1990 gründeten Anthroposophen die Bodienstiftung Edith Maryon, sechs Jahre später kam die Stiftung Habitat hinzu.¹¹⁶ Beide Stiftungen setzten Akzente in der Stadtentwicklung. Als auf den

ehemaligen Industrieareale Erlenmatte und Lysbüchel Wohnraum gebaut werden sollte, kaufte Habitat einen grossen Anteil der Parzellen und gab sie teilweise an Genossenschaften im Baurecht ab. Damit erlebte der Genossenschaftsbau einen Aufschwung. Genossenschaften machten rund zehn Prozent des Wohnungsbestandes in Basel-Stadt aus und boten verhältnismässig günstigen Wohnraum an, insbesondere in den Quartieren Hirzbrunnen und Iselin.¹¹⁷ Wie der Regierungsrat 1986 bemerkte, war die Auswahl der Mieterinnen und Mieter von solchen Wohnungen jedoch höchst selektiv, unter anderem hatten Ausländer, ledige Mütter oder Arbeitslose kaum Zugang. Im 21. Jahrhundert wurde das Angebot der Genossenschaften stark ausgebaut.¹¹⁸

Der Kanton hatte sich derweil beim Wohnungsbau auf die obere Mittelschicht und zahlungskräftige Familien fokussiert. Ein Beispiel dafür war das Programm «Logis Bâle», das sich 1998 zum Ziel setzte, innert zehn Jahren 5000 «grosse Wohnungen mit guter Qualität» zu bauen. Die Ausrichtung auf zahlungskräftige Mieterinnen und Mieter war nicht unumstritten. «Ottonormalverbraucher» könnten sich die neuen Preise nicht mehr leisten, befand 2012 der Präsident des Quartiervereins St. Johann, wo durch Logis Bâle besonders viele Neubauten entstanden waren.¹¹⁹ Die Rede war von einer Gentrifizierung, einem Strukturwandel, in dessen Zuge ärmere Menschen aus Viertel wegziehen mussten, wo sie sich das Leben nicht mehr leisten konnten. In Basel forderten soziale Institutionen und Parteien auch deshalb stärkere Regulierungen des Wohnungsmarktes, um dieser Gentrifizierung entgegenzuwirken. Das Schlagwort «Recht auf Stadt» fasste ihre Haltung zusammen.

Gegen die Vereinsamung der Alten

In den 1960er- und 1970er-Jahren bedeutete Alterspolitik hauptsächlich, Heime zu planen und zu bauen. Der Kanton musste damals auf die zunehmende Zahl betagter Einwohnerinnen und Einwohner reagieren. Zwischen 1961 und 1974 erhöhte sich der Anteil der über 65jährigen an der Basler Bevölkerung von 11,4 auf 19,6 Prozent, vergleichbar mit den Städten Zürich und Bern.¹²⁰ Allein zwischen 1967 und 1970 wurden 431 Alterswohnungen erstellt. 1982 gab es im Kanton gesamthaft vierzig Altersheime. Alterssiedlungen und Pflegeheime sollten der «Vereinsamung» der älteren Generation entgegenwirken. Darum baute der Kanton sie in den Quartieren, wo gemäss Regierungsrat «der Kontakt zu den Nachbarn und Bekannten eher gewahrt» würde. Dort wollte er ein geborgenes und familiäres Zuhause anbieten.¹²¹



96 Illustration zu einem Artikel über die Wohnbevölkerung in Riehen, 2017. — Diese Karikatur von Felix Schaad begleitete einen Artikel über Riehen, das «Dorf der Rentner». In der Basler Landgemeinde war ein Drittel der Bevölkerung über 65 Jahre alt, ein überdurchschnittlich hoher Anteil. Angesichts der landesweit steigenden Lebenserwartung sei Riehen somit ein «Versuchslabor», schrieb der Zürcher *«Tages-Anzeiger»*. Dass in Riehen viele Rentnerinnen und

Rentner lebten, war indes eine neuere Entwicklung. Noch in der Hochkonjunktur befürchtete die Stadt eine Überalterung, Familien hingegen zogen in die Agglomeration oder nach Riehen, wo sie Häuser kaufen konnten. Erst um 1990, als die ehemaligen Neuzuzügerinnen und -zuzüger das Rentenalter erreicht hatten, war der Anteil der über 65-Jährigen in Riehen mit über zwanzig Prozent erstmals höher als derjenige in der Stadt.

Doch kaum waren die neuen Altersheime gebaut, fand in der Betreuung betagter Personen bereits ein Umdenken statt. Ältere Personen verblieben dank besserer finanzieller Absicherung und neuer ambulanter Pflegemöglichkeiten länger in der eigenen Wohnung. Der Kanton unterstützte diese Entwicklung. Die spitalexterne Pflege, in der Deutschschweiz als *«Spitex»* bekannt, wurde ausgebaut, Geriatriebetten in Heimen abgebaut.¹²² Der Kanton setzte sich Ende des 20. Jahrhunderts zum Ziel, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden

leben sollten. Das Anliegen war, ältere Menschen am Leben in der Stadt teilhaben zu lassen – die Regierung plädierte 2020 für die «Solidarität zwischen den Generationen».¹²³ Während in den 1960er-Jahren noch die «Überalterung» der Gesellschaft befürchtet und die ältere Generation als ein Unterbringungs- und Pflegeproblem angesehen worden war, betonte die Stadt nun deren wichtigen Beitrag für das Zusammenleben.

Orte der Freizeit

«Atlantis» und «Café Florida», «Färimaa» und «Express-Bar», «Sonne» und so weiter: Hier verkehrten Dieter Ehrlich und seine Freundinnen und Freunde, die um 1960 die Basler Szene der «Halbstarken» bildeten. Sie hörten Rock'n'Roll, trugen Jeans, Lederjacken und riesige Gürtelschnallen, waren gewaltbereit und trinkfest. Ehrlich hat ihre Treffpunkte auf einer Seite seines Fotoalbums niedergeschrieben. Es waren Kneipen, sogenannte *Beizen*. Eine Stammbeiz der Szene war das «Café Oasis», in seinem Album bezeichnete es Ehrlich als «Unser Café im Kleinbasel» [97].

Die *Beiz*, das Café oder die Bar: Das waren nicht nur Orte, wo man ass. Es waren Orte des «gemeinsamen Herumhängens», wie Ehrlich es später beschrieb.¹²⁴ Jede Szene, jede Jugendkultur, jedes gesellschaftliche Milieu hatte ihre eigenen Orte. Die Halbstarken traf man in *Beizen*, die meisten ausgestattet mit Music-Boxen, Flipper- und *Töggeli*-Kasten. In einem besonders ausgefallenen Café, dem «Café Tropic», wurden Schlangen gehalten.¹²⁵ Die Treffpunkte machten die Szene zu einem grossen Stück aus.

Nicht nur die Szenen wählten ihre Treffpunkte, auch die Restaurants und Bars suchten sich ihre Kundinnen und Kunden aus – und verweigerten anderen den Zutritt. Das «Café Tropic» beispielsweise, seit den 1940er-Jahren Treffpunkt

97 Seite aus dem Fotoalbum von Dieter Ehrlich, erste Hälfte der 1960er-Jahre. — Der Zeitzeuge hat die Szene der Halbstarken dokumentiert und seine Erinnerungen später mit Klebstreifen, Filzstift und Tipp-Ex ergänzt.

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

für Künstlerinnen, Musiker und Studierende, tolerierte keine Jugendliche mit langen Haaren. Diese erhielten ein Kärtchen mit folgender Aufforderung: «Wir bitten Sie, Ihre geschätzte Freizeit an einem anderen Ort zu verbringen!»¹²⁶

Der wachsende Wohlstand in der Nachkriegszeit machte Freizeit zu einem wichtigen Teil des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens. Kürzere Arbeitszeiten führten zu mehr freien Zeitfenstern, die nun genutzt wurden, um Sport zu treiben, ins Restaurant zu gehen und Freunde zu treffen. 1962 führte der Kanton Basel-Stadt die Fünftagewoche und die 44-Stunden-Woche ein, in der Folge sank die durchschnittliche Arbeitszeit.¹²⁷ Zur selben Zeit nahmen die Freizeitangebote stark zu, viele von ihnen waren auf ein spezifisches Zielpublikum ausgerichtet. Grossen Anteil daran hatten die verschiedenen Jugendszenen, die seit den 1960er-Jahren aufkamen. Was man in der Freizeit tat, diente nicht nur der Erholung, sondern zeigte gesellschaftliche Zugehörigkeiten an. Es entstand eine neue Freizeitindustrie, die ihre Angebote vermarktete und so neue Bedürfnisse schuf. Die Freizeit wurde zunehmend kommerzialisiert.

Die Beiz als Wohnzimmer

Die *Beiz* als Treffpunkt kam nach 1960 unter Druck, bis 1970 verschwanden in Basel rund dreissig Restaurants und zehn Kaffees. Dafür nahm die Zahl der Kantinen stark zu, von 44 auf 134.¹²⁸ Die englische Arbeitszeit, von Staatsbetrieben bereits im Zweiten Weltkrieg eingeführt, setzte sich in den 1960er-Jahren durch und brachte einen Arbeitstag mit kurzer Mittagspause und früherem Arbeitschluss mit sich. Dies stellte das Essverhalten um die Mittagszeit auf den Kopf. Damit die Mitarbeitenden weder nach Hause noch in ein Restaurant essen gehen mussten, benötigten sie eine Essensmöglichkeit am Arbeitsplatz.

Ein 1977 ausgestrahlter Fernsehbericht über das Horburgquartier berichtete von einem Trend in der Gastronomie: «neue, sterile Restaurants ersetzen die alte Quartierbeiz».¹²⁹ Eines dieser geschlossenen Restaurants war die «Farnsburg» am Barfüsserplatz, ein beliebter Jugendtreffpunkt, das 1979 durch einen McDonald's ersetzt wurde. Es war die erste Filiale des US-amerikanischen Fast-Food-Anbieters in der Schweiz.

Ein gehobenes und dezidiert bürgerliches Restaurant war das «Café Spitz» auf der Kleinbasler Seite der Mittleren Brücke. Nachdem das Traditionsrestaurant, das Mitte des 19. Jahrhundert von den drei Kleinbasler Ehrengesellschaften übernommen worden war, zunehmend verlotterte, machten Gerüchte um Verhandlungen mit einem Besitzer mehrerer Nachtclubs die Runde. Die Ehrengesellschaften

befürchteten, dass «eine andere, aus dem Milieu kommende Gästestruktur» ihr Restaurant in Beschlag nehmen würde.¹³⁰

Das «Café Spitz» wurde 2003 in einer ethnografischen Studie als durch und durch «bürgerlich» beschrieben: Gästen mit einem sichtbar anderen gesellschaftlichen Hintergrund werde zu verstehen gegeben, hier lediglich geduldet zu sein.¹³¹ Dieselbe Studie kam zum Schluss, dass die Lokale der Basler Gastronomie kaum mehr klar verortbar waren. Die Gesellschaft hatte sich verändert, die Milieus hatten sich gemischt. Arbeiterbeizen oder dezidiert bürgerliche Cafés waren seltener geworden.

Hinzu kamen Gesetzesänderungen. 1995 liberalisierte der Kanton das Gastgewerbesgesetz: Ein neues Restaurant musste nicht mehr einem von Beamten ausgemachten «Bedürfnis» entsprechen. Zudem strich Basel-Stadt als erster Kanton

die Polizeistunde.¹³² Die Liberalisierung beflügelte das Angebot:

Ein Basler Spezifikum war der Verein Fūmoar

Innert fünf Jahren stieg die Zahl der Restaurants, Imbisse, Bars und Diskotheken von 352 auf 558 an. Eine neue Erscheinung war die zunehmende Anzahl Schnellimbisse, die vom neu erlaubten 24-Stunden-Betrieb profitierten. Zu den beliebtesten Gerichten zählte der Döner Kebab, eine türkische Spezialität. Zwar führte der Kanton die Polizeistunde zehn Jahre später wieder ein, die Entwicklung war jedoch nicht mehr aufzuhalten.

Ein Basler Spezifikum war der Verein Fūmoar, der im Jahr 2010 gegründet wurde.¹³³ Nachdem die Stimmbevölkerung einem kantonalen Rauchverbot in Innenräumen zugestimmt hatte, schlossen sich hundertachtzig Lokale zu einem Verein zusammen. Gäste mussten sich einen Mitgliederausweis kaufen, um in den Lokalen verkehren zu dürfen. Das Bedürfnis, in der Bar weiterqualmen zu können oder auch einfach die Notwendigkeit, nicht gehen zu müssen, veranlasste 200 000 Menschen, Mitglied des Rauchervereins zu werden – womit Fūmoar laut Eigenaussagen der grösste Verein der Schweiz war. Erst ein Bundesgerichtsurteil 2013 machte den Zigaretten in in Bars, Clubs und *Beizen* den Garaus.¹³⁴

Mediterranisierung des Rheins

Ende des 20. Jahrhunderts wurde der Rhein zu einem überaus beliebten Freizeitort in Basel. Das zunehmende Flussschwimmen machte ihn zu einem Treffpunkt. Im Sommer 1981 initiierte die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft das erste Rheinschwimmen, über tausend Menschen machten mit, Hunderte schauten vom Flussufer aus zu. Ein Artikel im Stadtbuch zeugt vom Staunen, das das Schwimmen im Fluss auslöste. Es sei ein «ungewöhnliches Bild», wie «der Basler «seinen» Rhein

entdeckt». ¹³⁵ Wenig später kam der erste Schwimmsack auf den Markt (1985), in ihm konnten Schwimmerinnen und Schwimmer ihre Kleider und Schuhe vor dem Wasser schützen, mit ihm trieben sie den Rhein hinunter. Hinter dem nützlichen Accessoire stand die Absicht, die verbesserte Wasserqualität des Rheins unter Beweis zu stellen. Die Initiatoren der Imagekampagne waren die Kläranlagebetreiberin Pro Rheno, Firmen der Basler Chemie, das Gewässerschutzamt und die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft. Das Schwimmen im Rhein wurde zu einem Trend, den selbst die Brandkatastrophe von Schweizerhalle 1986 und das kurzfristige Badeverbot nicht aufhalten konnten. Ab den 1980er-Jahren trugen kartierte Empfehlungen und markierte Schwimmbereiche zu einem sicheren Schwimmerlebnis bei.

Das Rheinschwimmen war indes kein neues Phänomen. Baslerinnen und Basler badeten bereits im Mittelalter im Fluss. Auch Rheinschwimmsäcke in Form eines «imprägnierten Segeltuchsacks» existierten bereits im 19. Jahrhundert. ¹³⁶ Abfälle aus Haushalt und Industrie verdarben das Schwimmvergnügen jedoch ab den 1950er-Jahren. Aber auch als die schlechte Wasserqualität das Rheinschwimmen verunmöglichte, war das Rheinbord ein beliebter Treffpunkt. Einen eigentlichen Boom erlebte das Schwimmen im Rhein ab den 1990er-Jahren, wovon die steigende Zahl Teilnehmender beim jährlichen Rheinschwimmen zeugen.

Der Kanton und diverse private Unternehmen förderten die zunehmende Nutzung des Rheins. 1999 beschloss die Regierung nach Gesprächen mit der Bevölkerung, das Rheinufer aufzuwerten. ¹³⁷ Das Kleinbasler Rheinufer verwandelte sich ab 2005 in eine «Riviera» mit Badestrand zwischen Wettstein- und Schwarzwaldbrücke. Weitere Aufwertungen folgten, wie die ab 2002 allmählich installierten Buvetten, in der warmen Jahreszeit geöffnete Cafés im Freien.

Spätestens ab 2003, als ein Hitzesommer in Basel für hohe Temperaturen sorgte, kam die Vorstellung des mediterranen Basels auf. Der Basler Journalist Hans-Peter Hammel, stadtbekannt als «-minu», schrieb: «Nie war Basel mediterraner, nie haben sich mehr Menschen im Rhein abgekühlt.» ¹³⁸ Immer mehr Menschen verbrachten ihre freie Zeit am und im Rhein. 2019 analysierte ein Buch über das Flussschwimmen, es gäbe «keinen anderen Ort» in Basel, an dem «so viele und so unterschiedliche Menschen zusammenkommen und sich als Teil derselben Stadtgesellschaft erfahren». ¹³⁹ Der Rhein sei der zentrale Raum in der Stadt, das gemeinsame Schwimmen im Fluss stelle Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft her.

Das Basler Standortmarketing kommerzialisierte das Rheinschwimmen und die sommerliche Stimmung, die sich am Ufer abspielte. Das Rheinschwim-



98 Tausende nehmen am jährlichen Rheinschwimmen teil, 2016. — Das Rheinschwimmen erfreute sich ab den 1980er-Jahren immer grösserer Beliebtheit. Symbol für das gemeinsame Freizeitvergnügen war der orange leuchtende Wickelfisch, 2002 von einem Kulturmanager entworfen. Der Wickelfisch hatte in den 1980er-Jahren einen rechteckigen Vorgänger, ebenfalls orange und mit einem Fisch bedruckt.

men wurde zunehmend zur Touristenattraktion: 2019 konnten Rheinschwimmer kurz vor der Mittleren Brücke durch kräftiges Winken ein Selfie auslösen und durch das Teilen in sozialen Medien das hochsommerliche Flair Basels in die Welt tragen.¹⁴⁰ Solche Bilder prägten die Vorstellung des Rheins als riesiger Freizeitpark, als *Badi* – schweizerisch für Freibad – für alle, worüber die wirtschaftliche Bedeutung des Rheins und des Hafens in Vergessenheit geriet.

Sport im Alltag

Eine populäre Freizeitaktivität ist der Sport, seine gesellschaftliche Bedeutung manifestierte sich in Basel in zahlreichen Vereinen. Im Nachkriegsboom erfuhren sie einen beachtlichen Zuwachs. Zwischen 1945 und 1975 stieg die Anzahl Aktivmitglieder von rund 10 000 auf knapp 30 000. Seither blieben die Zahlen stabil auf diesem Niveau.¹⁴¹ Im selben Zeitraum erlebte auch der Firmensport eine Blüte in Basel. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer engagierten sich in immer mehr Sektionen, darunter Boccia, Faustball, Fussball, Handball, Leichtathletik, Kleinkaliberschiessen, Korbball, Schach und Tennis.¹⁴² Sport und Bewegung nahmen neue Funktionen im gesellschaftlichen Leben ein. Sie förderten den sozialen Zusammenhalt, trugen zur Gesundheit bei und bereiteten Spass.

Diese Entwicklung zeigte sich auch bei den Turnvereinen, die sich von ihrer bürgerlich-erziehenden Funktion emanzipierten und zu polysportiven Vereinen wurden. Im Jüdischen Turnverein Basel beispielsweise interessierten sich die jüngeren Mitglieder vermehrt für Ballspiele und Laufdisziplinen statt für Gemeinschaftsturnen und klassische Übungen am Boden, dem Reck oder an den Ringen.¹⁴³ Fussball, Tennis und Schwimmen lösten Turnen und Gymnastik als beliebteste Sportarten ab. Um 1970 liess die Basler Regierung gemeinsam mit der Vita Lebensversicherung, einer Tochtergesellschaft der Zurich (Versicherung), erste Vita-Parcours an den Kantonsgrenzen bauen. Behörden und Fachleute erhofften sich, dass die sportliche Betätigung dem vermehrten Konsum von Alkohol, Tabak und fetthaltigen Lebensmitteln Gegensteuer bieten könne.¹⁴⁴ Ausserdem begann das Erziehungsdepartement den Sportunterricht zu entmilitarisieren. In den Verwaltungsberichten war nicht mehr die Rede von «Körperpflege», sondern von «Sport und Freizeitgestaltung».¹⁴⁵

Das Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport von 1972 beschleunigte diesen Prozess landesweit, mit «Jugend+Sport» (J+S) lancierte der Bund im selben Jahr zudem ein umfangreiches Sportförderprogramm. Der Staat erklärte Sport zur Gesundheitsmassnahme und damit zu seiner Verantwortung. Eigenständig aktiv wurde der Kanton Basel-Stadt vermehrt gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Seither setzte er diverse, vielfach niederschwellige Projekte um: die ersten Sportklassen am Gymnasium Bäumlhof, Sportcamps, offene Turnhallen, einen Sportmarkt oder einen Online-Sportkalender.

Der Wunsch, Sport zu treiben, war zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr an eine Vereinsmitgliedschaft gebunden. Trotzdem erhielten Vereine weiterhin Zulauf, nicht zuletzt wegen der sozialen Dimensionen des Vereinslebens. Sport-

vereine waren zum Beispiel beliebte Orte für Zugezogene. In der Nachkriegszeit entstanden in Basel zahlreiche Fussballvereine für Mitglieder mit Migrationshintergrund. Flüchtlinge des niedergeschlagenen Ungarn-Aufstandes riefen 1958 den SC Hungaria Basel ins Leben. In den 1960er-Jahren gründeten italienische Gastarbeiter eigenständige Fussballvereine in der Region, zum Beispiel die US Olympia oder den SC Inter Club. Später riefen Serben den FC Srbija, Türken den FC Türkgücü Basel, Kroaten den NK Alkar, Kosovaren den FC Dardania und Bosnier den FC Bosna ins Leben.¹⁴⁶ Bei vielen, auch traditionell schweizerischen Vereinen spielte die Nationalität der Mitglieder immer weniger eine Rolle. Die Sportvereine bildeten die zunehmend pluralisierte Gesellschaft ab und leisteten Integrationsarbeit im privaten Bereich.

Basel entwickelte sich in diesem Zeitraum immer mehr zu einer multikulturellen Gesellschaft. Neben Sportvereinen bildeten auch verschiedene Kirchen einen wichtigen Treffpunkt für ausländische Einwohnerinnen und Einwohner. Insbesondere islamische Glaubensgemeinschaften gewannen in Basel an Zulauf. Im Gegensatz dazu verlor die lange dominante protestantische Kirche sehr viele Zugehörige [100].

Glaube und Religion in der säkularen Stadt

Im 20. Jahrhundert verlor die Kirche für viele Menschen an Bedeutung. Die evangelisch-reformierte Kirche Basel zählte 1990 nur noch halb so viele Mitglieder wie dreissig Jahre zuvor. Bei der katholischen Kirche begann der Exodus im Laufe der 1970er-Jahre, als der Einwanderungsschub aus den Ländern Südeuropas abflachte. In den 2010er-Jahren gehörten in der Stadt nur noch dreissig Prozent der Bevölkerung einer der beiden grossen Landeskirchen an. Die Gruppe der Konfessionslosen bildete die Mehrheit [100].¹⁴⁷ Basel war eine multiethnische Stadt geworden, in der 400 verschiedene Religionsgemeinschaften nebeneinander lebten.¹⁴⁸ In der Stadt existierten 2005 fünf orthodoxe Glaubensgemeinschaften und etwa siebenzig evangelische Freikirchen, zu den jüngsten und populärsten zählte die «International Christian Fellowship». Die älteste nichtchristliche Gemeinschaft in Basel war jüdischen Glaubens.¹⁴⁹ Auch sie bildete die zunehmend diverse, pluralistische Gesellschaft ab. So entstanden in der jüdischen Gemeinschaft Gruppierungen mit egalitären Formen des Gottesdienstes («Migwan», «Ofek» und «Od Mashehu») und solche mit ultraorthodoxen Strukturen («Chabad»). Unterschiedliche Migrationsbewegungen brachten nach 1960 neue Religionen in die schweizerische Stadt, darunter den Hinduismus, den in Basel vor allem Menschen aus Sri Lanka praktizierten, den Buddhismus, den Sikhismus oder den Bahaismus.¹⁵⁰ Im Stadtbild machte sich die multireligiöse Gegenwart allerdings kaum bemerkbar, Basel blieb geprägt von Stätten des christlichen

Glaubens. Die Präsenz der wachsenden islamischen Glaubensgemeinschaften beispielsweise blieb weitgehend im Verborgenen, obwohl sie bereits Mitte der 1970er-Jahre erste Vereine und Zentren gründeten und 2000 mit knapp sieben Prozent den prozentual höchsten Anteil muslimischer Bevölkerung aller Schweizer Kantone ausmachten. Nach der reformierten und katholischen Kirche war der Islam in Basel die bedeutendste Glaubensgemeinschaft. Zum Gebet versammelten sich Musliminnen und Muslime in Privatwohnungen oder in Gewerberäumen, Lagerhallen und Dachstöcken, die sie zu Moscheen umfunktioniert hatten. Oft waren diese Orte von aussen nicht als religiöse Einrichtungen erkennbar.¹⁵¹ Mit dem wachsenden Anteil an Musliminnen und Muslimen wuchs auch der Antiislamismus: Als 2009 die Schweizer Bevölkerung den Bau von Minaretten in einer Abstimmung verbot, gehörte Basel-Stadt zwar zu jenen Kantonen, die die Volksinitiative ablehnten – allerdings nur sehr knapp.¹⁵² Gegen Ende des Jahrhunderts standen viele Kirchen zunehmend leer. Für die Verantwortlichen war der anhaltende, markante Mitgliederchwund auch ein finanzielles Problem. Die Mittel fehlten, um den Unterhalt der renovationsbedürftigen Sakralbauten langfristig garantieren zu können. Zudem gehörte Basel-Stadt zu den wenigen Kantonen, die von den ansässigen Unternehmen keine Kirchensteuer erhoben. Viele Kirchen mussten schliessen und wurden neuen Nutzungen zugeführt, etwa die katholische Kirche Don Bosco oder die evangelisch-reformierte Kirche Paulus und das Gemeindehaus Oekolampad.¹⁵³



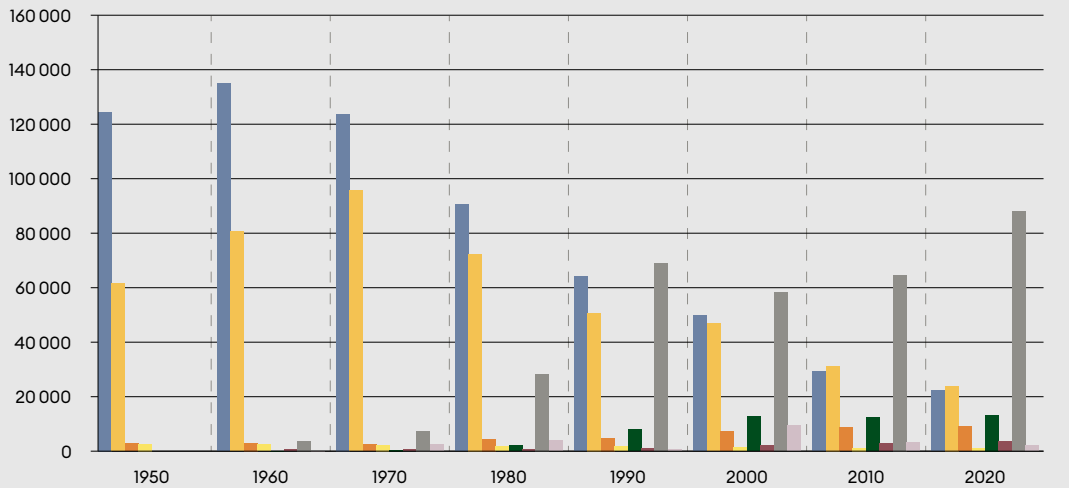
99 Männer im Gebet in der Arrahma-Moschee in Basel, 2010. — Die wachsende muslimische Glaubensgemeinschaft in Basel hatte verschiedene Treffpunkte. Als erste deutschsprachige Moschee bezeichnet sich «Arrahma».

Die Umnutzung war kein Novum an sich, in der Barfüsserkirche war beispielsweise bereits Ende des 19. Jahrhunderts das Historische Museum Basel eingezogen. Die Öffnung gegenüber neuen Formen des Glaubens hingegen schon. Bestes Beispiel dafür war die Elisabethenkirche, die der ökumenische Verein Offene Kirche Elisabethen 1994, nach umfassenden Renovationen, im Leihvertrag von der evangelisch-reformierten Kirche übernahm. Die neue Leitung funktionierte die Kirche zur schweizweit ersten Werktagskirche um, brach mit kirchlichen Traditionen und stellte das Prädikat «offen»

in den Vordergrund. Sie griff damit Ideen des Industriepfarramtes auf, das seit den 1970er-Jahren Glaube als sozialetische Verantwortung verstand und in den Alltag der Arbeiterinnen und Arbeiter integrieren wollte.¹⁵⁴ Die Elisabethenkirche verstand ihr Klientel breiter: Die neuen «geistigen, kulturellen und sozialen

Angebote waren für alle Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder Religion zugänglich». Dem unkonventionellen Pfarrer Hansruedi Felix war kaum eine Idee zu kühn – bis hin zum «Tiergottesdienst», an dem die Basler Bevölkerung ihre Haustiere segnen lassen konnte.¹⁵⁵

Religionszugehörigkeit in Basel-Stadt, 1950–2020



100 In den 1950er-Jahren waren fast alle Bewohnerinnen und Bewohner von Basel reformiert oder katholisch, kaum jemand konfessionslos und nur wenige Angehörige einer anderen Glaubensgemeinschaft. Das hat sich seither grundlegend verändert. Basel entwickelte sich zu einer multireligiösen Gesellschaft. Der muslimische Glaube etablierte sich, das Christentum verlor derweil an Bedeutung im Alltag. Keine andere Stadt in der Schweiz hatte um 2020 so viele Konfessionslose wie Basel.

- Evangelisch-reformiert
- Römisch-katholisch
- Andere christliche Glaubensgemeinschaften
- Jüdische Glaubensgemeinschaften
- Islamische Glaubensgemeinschaften
- Andere Religionsgemeinschaften
- Konfessionslos
- Ohne Angabe

- 1 Zit. nach Angst 2011, S. 89. HLS: Irma Tschudi-Steiner. Unigeschichte seit 1460: Frauenstudium. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/frauenstudium>, abgerufen am 26.06.2023.
- 2 Zit. nach Janett 2022, S. 148.
- 3 Businger; Janett; Ramsauer 2018.
- 4 Janett 2022, S. 102–114, 186–188, 198–200.
- 5 Ebd., S. 132–135. Kälin 2019, S. 137–138. Schulthess; Leu-Weber 1971, S. 6. Banz 1966, S. 23.
- 6 Janett 2022, S. 196–206.
- 7 Ebd., S. 112–113.
- 8 Ebd., S. 207–246. Baumeister 2022. Unigeschichte seit 1460: Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik Basel. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/fakultaeten-und-faecher/medizinische-fakultaet/juengste-entwicklungen-der-medizinischen-fakultaet/kinder-und-jugendpsychiatrie>, abgerufen am 26.06.2023.
- 9 Kälin 2019.
- 10 Ebd.
- 11 HLS: Kindesrecht.
- 12 Delessert 2012. Schubert 2012, S. 13. Miescher; Trüb 1988. Walser 2013. «Demonstration in Basel», Blickpunkt, SRF, 23.06.1980. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/blickpunkt/video/demonstration-in-basel?urn=urn:srf:video:23bfdbfe-e120-4cff-bac4-6c937cd27b35>, abgerufen am 23.03.2023.
- 13 Zit. nach Miescher; Trüb 1988, S. 90.
- 14 Zit. nach Schubert 2012, S. 8.
- 15 Artikel abgedruckt in ebd., S. 23.
- 16 Miescher; Trüb 1988, S. 133–134.
- 17 Bichsel; Gerster; Baumgartner 1996. Eigenmann 2022. Schubert 2012, S. 84.
- 18 «Selbstporträts», in: Frau ohne Herz. Zeitschrift für Lesben und andere Frauen (25), 1989, S. 29.
- 19 Huber 2016.
- 20 «Neues Gleichstellungsgesetz sorgt für Zwist unter Feministinnen», in: SRF News, 05.02.2023. Online: <https://www.srf.ch/news/schweiz/basel-will-lgbtqi-einbinden-neues-gleichstellungsgesetz-sorgt-fuer-zwist-unter-feministinnen>, abgerufen am 27.06.2023.
- 21 «Selbstbedienung – die grosse Versuchung», in: NZ, 11.12.1973.
- 22 Schaller 1980, S. 6.
- 23 Suter 2020.
- 24 Mall-Haefeli 1973, S. 91–98. «Familienplanung», Blickpunkt, SRF, 20.4.1977. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/blickpunkt/video/familienplanung?urn=urn:srf:video:fb694fdb-d929-450b-9e09-3d3ffa715272>, abgerufen am 27.6.2023. Unigeschichte seit 1460: Der Einfluss des Gesellschaftlichen Wandels auf die Frauenmedizin. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/fakultaeten-und-faecher/medizinische-fakultaet/juengste-entwicklungen-der-medizinischen-fakultaet/frauenklinik/der-einfluss-des-gesellschaftlichen-wandels-auf-die-frauenmedizin>, abgerufen am 26.06.2023.
- 25 Mall-Haefeli 1973, S. 95.
- 26 Tamm; Heilmann 1983, S. 22. Küng; Stingenlin; Meyer 1982, S. 4–5.
- 27 StatJB, Tabelle «Eheschliessungen nach Heimat, Zivilstand, Alter».
- 28 HLS: Konkubinats. Grossmann 2019, S. 239–246. StABS, PD-REG 8d (1) 5-1 6, Konkubinats. Zur Vorgeschichte vgl. Wenger 2009.
- 29 StatJB, Tabelle «Ehescheidungen nach Heimat, Ehedauer, Kinderzahl und Scheidungsgrund».
- 30 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005, Art. 11, Abs. 2a. Online: https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100, abgerufen am 30.06.2023.
- 31 Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Dezember 1889, Artikel 14.
- 32 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005, Art. 11, Abs. 1h und 1i. Online: https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100, abgerufen am 30.06.2023.
- 33 Regierungsrat Basel-Stadt 1999. Frey 1997.
- 34 Kunz 1975, S. 110.
- 35 «Kinderkrippe Basel», Antenne, SRF, 11.11.1971. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/kinderkrippe-basel?urn=urn:srf:video:0c5db448-0a28-4860-9622-3c6223f47885>, abgerufen am 03.04.2023.
- 36 Gujer; Hunziker; Hungerbühler 1982, S. 393. Banz 1964a, S. 119.
- 37 Gschwind 2018, S. 3–4. Von Holt; Bosshardt 2001.
- 38 Falk 2019, S. 39–55. Grossmann 2019, S. 129–135. Kinderkrippen Bläsistift 2021.
- 39 Von Falkenstein 2001.
- 40 Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zum Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern sowie Bericht des Regierungsrates zu zwölf Anträgen, einer Petition und einer Initiative vom 18. August 2003.
- 41 «Schulen werden zu anregenden Lernorten», in: bz Basel, 14.08.2007. «Kinderbetreuung in Basel: endlich ein Gesamtkonzept!», in: bz Basel, 12.04.1999. Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Sozialberichterstattung, 2019, S. 40. Online: <https://statistik.bs.ch/files/berichte-analysen/Sozialberichterstattung-2019.pdf>, abgerufen am 28.06.2023.
- 42 Bucher 2000, S. 96. Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern 2019, S. 9.
- 43 «11 Ranglisten zur Lebensqualität in Schweizer Städten», in: SRF News, 23.02.2023. Online: <https://www.srf.ch/news/gesellschaft/lebensqualitaet-ranking-2023-11-ranglisten-zur-lebensqualitaet-in-schweizer-staedten>, abgerufen am 03.05.2023.
- 44 Bucher 2000, S. 3.
- 45 StABS, STA DS BS 9 9025, Ratschlag betreffend Gewährung von Subventionen für den Betrieb je eines Quartiertreffpunktes für die Jahre 2001 bis 2003 an Verein Breite-Zentrum Treffpunkt Breiti, Verein Familienzentrum Gundeli, Verein Kontaktstelle für Eltern und Kinder Basel-West, Verein Quartiertreffpunkt Kasernenareal, Verein Burg am Burgweg (Wettstein-Quartier), Förderverein Pro QuBa (Quartierzentrum Bachletten), 2000.
- 46 Vogel 1989, S. 137.
- 47 Zit. aus Knill 2019, S. 14.
- 48 «Depressionen in einer kranken Welt», in: NZ, 06.08.1975.
- 49 Vogel 1989, S. 17.
- 50 Ebd., S. 18.
- 51 Bänziger; Herzig; Koller u.a. 2022, S. 102. Straumann 2000, S. 31–34. Behringer 2019, S. 38–46.
- 52 Knill 2019, S. 15–21. Vogel 1989, S. 52–82.
- 53 Rudolf von Rohr 2014, S. 46–48. «Drogenkette Basel», CH-Magazin, SRF, 21.05.1976. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/ch-magazin/video/drogenkette-basel?urn=urn:srf:video:cc503aa9-209e-4bc3-bc6e-124ffdc5a79>, abgerufen am 03.04.2023.
- 54 Knill 2019, S. 22.
- 55 Vogel 2003, S. 152.
- 56 Vogel 1991, S. 49.
- 57 Ruffli 1989.
- 58 Zit. nach Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 19.
- 59 Miescher; Trüb 1988, S. 134.
- 60 Ebd.
- 61 Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 57, 86–87. Schubert 2012, S. 19–21. Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 233.
- 62 Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 119–157.
- 63 Ebd., S. 123–157.
- 64 Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 233–236.
- 65 Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 42–45. Ruffli 1989.
- 66 Ruffli 1989.
- 67 «Das Basler Rotlicht wird grün eingegrenzt», in: bz Basel, 27.06.2016. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/das-basler-rotlicht-wird-grun-ingegrenzt-id.1565301>, abgerufen am 03.04.2023.

- 68 Kantonales Übertretungsstrafgesetz vom 15. Juni 1978, Artikel 38, in: Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizeiverordnungen, welche vom 1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1980 für den Kanton Basel-Stadt erlassen worden sind, S. 74–75.
- 69 StABS, STA DS BS 9 8684, Ratschlag und Entwurf zu einer Änderung des Kantonalen Übertretungsstrafgesetzes (Prostitution) vom 18. Juni 1996. Vgl. auch Anklin 2011, S. 95–97.
- 70 ««Strassendirnen» werden von der Clara-matte weggewiesen», in: bz Basel, 07.10.1999.
- 71 «Verbotsschilder im Milieu: Fragwürdiger Nutzen», in: BaZ, 12.11.1999.
- 72 «Sexarbeiterinnen sind Frauen mit Würde», in: 20 Minuten, 04.11.2016.
- 73 Knill 2019, S. 35.
- 74 Ebd., S. 36–37, 45.
- 75 Stoll 1991.
- 76 Zit. aus ebd.
- 77 Bänziger u. a. 2022, S. 162–164. Knill 2019, S. 58. Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 228–230.
- 78 Saner 1994. Pfister 2019, S. 184–194. Rudolf von Rohr 2014, S. 50–51.
- 79 Rudolf von Rohr 2014, S. 56–57. Knill 2019, S. 51.
- 80 Gschwind 2022, S. 191.
- 81 Zit. nach Knill 2019, S. 56.
- 82 Rudolf von Rohr 2014, S. 52, 57.
- 83 Rudolf von Rohr 2014, S. 23. Knill 2019, S. 67.
- 84 «Als Basel ein Hanfmekka war», in: TagesWoche, 10.11.2011. Online: <https://tageswoche.ch/politik/als-basel-ein-hanfmekka-war/index.html#comments>, abgerufen am 27.06.2023.
- 85 StABS, STA DS 8 169, Verwaltungsbericht 2002, Kapitel IX Staatsanwaltschaft, S. 324.
- 86 «Hanfläden: Das Leben in der Grauzone», in: BaZ, 09.09.2002.
- 87 Bänziger u. a. 2022, S. 296–299. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 21.11.2012.
- 88 Medienmitteilung des Bundesrats: Bund bewilligt erstes Gesuch für einen Cannabis-Pilotversuch in Basel-Stadt, 19.04.2022. Online: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-88047.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 89 Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 207–250.
- 90 Vogel 2003, S. 82–83.
- 91 Zit. nach Spirgi 2018, S. 1.
- 92 «Als Wohnraum nicht mehr gefragt», in: NZ, 24.01.1976.
- 93 Wunderle 1963, S. 36.
- 94 HLS: Fernsehen. Historische Statistik der Schweiz (HSSO). Online: <https://hssso.ch/de/2012/n/27>, abgerufen am 27.06.2023.
- 95 Statistisches Amt: Von den Anfängen der Telefonie. Online: <https://www.statistik.bs.ch/zahlen/statistisches-jahrbuch/daten-geschichte/telefon.html>, abgerufen am 06.02.2023.
- 96 Binnenkade 1994. Schumacher 2012. HLS: Waschen.
- 97 Moll; Sandtner; Saner 2002, S. 36–37. StatJB 1963, Leere Wohnungen und Geschäftsräume seit 1963, S. 106.
- 98 StABS, STA DS BS 9 7950, Bericht zu Wohnfragen im Kanton Basel-Stadt, 1986, S. 17–21.
- 99 Bundesamt für Statistik: Mietwohnungen. Online: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/mietwohnungen.html>, abgerufen am 28.06.2023.
- 100 Gilcher-Holtey 2017, S. 53–56. Piñeiro 2017, S. 40–52.
- 101 Pichler 1973. StABS, STA DS BS 8 139, Verwaltungsbericht 1972, Polizeidepartement, S. 49.
- 102 Petignat 1975. StABS, STA DS BS 8 139, Verwaltungsbericht 1972, Polizeidepartement, S. 49.
- 103 Piñeiro 2017, S. 52.
- 104 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Studierende der Universität Basel nach Heimat und Geschlecht. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenportal/9475>, abgerufen am 12.12.2024. Unigeschichte seit 1460: Neue studentische Wohnformen seit den 1960er-Jahren. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/studentisches-wohnen/neue-wohnformen-seit-den-1960er-jahren>, abgerufen am 26.06.2023. Unigeschichte seit 1460: Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe). Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/studentisches-wohnen/verein-studentische-wohnvermittlung-wove>, abgerufen am 26.06.2023.
- 105 «I Haus, 25 Jahre, 94 Menschen, 1000 Stories», in: BaZ 16.06.1999. Vgl. auch «Basel will neue gesetzliche Grundlagen für WG's [sic] erarbeiten», Antenne, SRF, 05.02.1973. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/-/video/-?urn=urn:srf:video:822e21c8-fe4c-4a7a-8c16-1d3a3bdd7f2c>, abgerufen am 27.06.2023.
- 106 Huber 2014, S. 89. Diener & Diener Architekten: Wohnhäuser Hammerstrasse, Basel, 1978–1981. Online: <http://www.dienerdiener.ch/de/project/apartment-buildings-hammerstrasse>, abgerufen am 27.06.2023.
- 107 Diener; Schett 1981, S. 36.
- 108 «Z. B. Ryffstrasse», Schweizerisches Sozialarchiv, Vid_V_075. Online: https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_Vid_V_075, abgerufen am 27.06.2023.
- 109 Straumann 2000, S. 20. Piñeiro 2017, S. 9, 27–28.
- 110 Zit. nach Weick 2018, S. 50.
- 111 StABS, Protokolle: Grosser Rat 89, Protokoll des Grossen Rats von 1962 Mai 10 bis 1963 April 25, 14.03.1963, S. 508.
- 112 Weick 2018, S. 88–93.
- 113 Zit. nach Piñeiro 2017, S. 80.
- 114 Imhof 1991.
- 115 Aschwanden 2017, S. 71. StABS, STA DS BS 9 8663, Ratschlag und Entwurf zu einer Änderung des Gesetzes über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 10. November 1975, vom 2. April 1996. «Immobilienmarkt, Überangebot an neuen Bürohäusern», Tagesschau, SRF, 11.01.1993. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/-/video/-?urn=urn:srf:video:58343a62-302c-4002-8dd3-30248761d033>, abgerufen am 27.06.2023.
- 116 Bosshardt 2019.
- 117 Imhof 1998, S. 122. StABS, STA DS BS 9 7950, Bericht zu Wohnfragen im Kanton Basel-Stadt, 1986, S. 23, 25.
- 118 Baur 2013. Regionalverband Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz 2012. Labhardt 2017.
- 119 Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag (mit Audio-Beitrag), 30.05.2012. «Umfrage zur Zufriedenheit im St. Johann», in: Basler Stadtbuch, 30.05.2012.
- 120 Wunderle 1975, S. 50–51. Miville 1982. Bundesamt für Statistik: Historischer Atlas der Eidgenössischen Volkszählungen, Grafische Darstellung nach Gemeinden. Online: https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/193/de/14450_14904_14445_14426/23013.html, abgerufen am 27.06.2023.
- 121 StABS, STA DS BS 9 7555, Bericht des Regierungsrates zu den Vorschlägen der Kommission für Altersfragen und spitalexterne Krankenpflege (KASK) für ein Konzept zur Betreuung der Betagten im Kanton Basel-Stadt vom Oktober 1979 und zu sieben Anzügen betreffend die Betreuung der Betagten.
- 122 Grundlagen für die Gestaltung der Alterspolitik im Kanton Basel-Stadt. Bericht der Fachkommission Richtplan Alter, Oktober 1998. Fasnacht 2006, S. 195–201.
- 123 Gesundheitsdepartement Basel-Stadt: Vision «Gut und gemeinsam älter werden im Kanton Basel-Stadt». Online: <https://www.bs.ch/gd/alter>, abgerufen am 12.12.2024.
- 124 «Wir hatten wunderschöne Zeiten als Halbstärke», in: BaZ, 26.01.1999.
- 125 Matti; Müller; Riedo 2000, S. 157–161.
- 126 Zit. nach ebd., S. 160.
- 127 Degen 1986, S. 171–178.

- 128 StatJB 2005, Gastgewerbe seit 1950, S. 155. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 31.01.1942.
- 129 «Das Horbürg-Quartier in Basel», Bericht vor 8, SRF, 10.02.1977. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/bericht-vor-8/video/das-horburg-quartier-in-basel?urn=urn:srf:video:d875b750-798e-4320-9b11-aa8c-c74aabea>, abgerufen am 27.06.2023.
- 130 Erzberger 1986.
- 131 Förster 2003.
- 132 Nanni 2006, S. 20. StABS, STADS BS 9 9222, Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz über das Gastgewerbe (Gastgewerbe-gesetz), 2003, S. 17. StatJB, Tabelle «Gastge-werbe seit 1950», 2005, S. 155.
- 133 Giger 2010. Vgl. für die Vorgeschichte Pfis-ter 2009, S. 19.
- 134 «Basler Raucherverein «Fümoar» wird auf-gelöst», in: bz Basel, 29.10.2015. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/basler-raucherverein-fumoar-wird-aufgelost-ld.1728447>, abgerufen am 27.06.2023.
- 135 Leuzinger 1981. Büttner u. a. 2020, S. 163.
- 136 Ludwig 1962. Vgl. auch Ziltener 1994. Schürch; Baumeister 2018. Basler Stadt-buch, Chronik-Einträge «Rheinschwim-men».
- 137 Regierungsrat Basel-Stadt 1999, S. 19–35 (Impulsprojekt Rhein). Werkstadt Basel: Konsens zum Thema: Auf zu neuen (Rhein-)Ufern, 1999. Online: http://www.werkstadt-basel.ch/aktion/Konsenskon-ferenzen/ergebnisse/kk_rhein.php, ab-gerufen am 05.12.2022. Vgl. auch Baude-partement des Kantons Basel-Stadt: Rheinuferaufwertung, 26.09.2008. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 26.07.2002.
- 138 -minu (Hanspeter Hammel) 2003, S. 23.
- 139 Ruby; Shinohara; SAM Schweizerisches Architekturmuseum 2019, S. 13.
- 140 «Basel macht Rheinschwimmer zu Werbe-botschaftern», in: htr.ch, 29.07.2019. On-line: <https://www.htr.ch/story/tourismus/basel-macht-rheinschwimmer-zu-werbe-botschaftern-24108.html>, abgerufen am 27.06.2023. Koller; Müller; Reusser 2016, S. 15.
- 141 StatJB 1945–2020.
- 142 Sportmuseum Schweiz; Rohner; Mangold 2016. Meier 1979, S. 162–164.
- 143 Straumann 1999, S. 10–11.
- 144 House of Switzerland: «Zürich vitapar-cours» – mehr als ein sportliches Konzept, eine Institution. Online: <https://houseofswitzerland.org/de/swissstories/gesell-schaft/zurich-vitaparcours-mehr-als-ein-sportliches-konzept-eine-institution>, abgerufen am 27.06.2023.
- 145 StABS, ED-REG 54, Abteilung Sport / Sport-amt, 1950–2012.
- 146 Raz; Schaub 2014, S. 90–97.
- 147 Pfister 2014, S. 327–335. Hofmann 2013. Felder 1991, S. 31. StatJB 1960–2020. HLS: Religionen.
- 148 Inforel, <https://www.inforel.ch/>, abgerufen am 27.06.2023.
- 149 Baumann 2005, S. 20–21.
- 150 Ebd., S. 22–24.
- 151 Schoch 2011, S. 35–40.
- 152 StatJB 2009.
- 153 Kantonale Denkmalpflege: Zukunft Kir-chenraum. Zur Neunutzung von Sakral-bauten in Basel. Abendführungen der Kantonalen Denkmalpflege, April bis No-vember 2012, Basel 2012. Ryser 2012, S. 16.
- 154 Held 2012.
- 155 Zit. nach Offene Kirche Elisabethen, <https://offenekirche.ch/>, abgerufen am 27.06.2023. «Die Unkonventionelle – die Offene Kirche Elisabethen bricht seit 25 Jahren kirchliche Traditionen», in: bz Basel, 26.04.2019. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/die-unkonventio-nelle-die-offene-kirche-elisabethen-bricht-seit-25-jahren-kirchliche-traditio-nen-ld.1359555>, abgerufen am 27.06.2023.

Art | Basel

